

# Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteurs sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Frangobahn per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Inserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5 gefaltene Bettzeile kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. zu senden.

Nr. 8.

Sonntag, den 23. Februar.

1908.

Expedition: Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

## Zur gest. Beachtung!

Berichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montagabend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus) oder bis Dienstag vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südkraße 59 gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

## Eine politische Tugend.

Wie Misstrauen zu einer politischen Tugend werden kann das hat der Kampf der Tabakindustrie gegen die Steuerpläne der Regierung mehrfach gezeigt, aber nie deutlicher als jetzt. Allen Versicherungen einzelner Regierungsvertreter, den Tabak künftig nicht höher zu besteuern, setzten wir Misstrauen entgegen. Und wir taten gut daran, denn bei der ersten besten Gelegenheit wurden jene Versicherungen — so z. B. die des Grafen Posadowski in der Bolltarifkommission — desavouiert — die Regierung brütete unablässig über dem Plane, den Tabak so hoch zu besteuern, daß dann der letzte Schritt bis zum Monopol um so leichter zu machen wäre.

Noch im vorigen Sommer gab es Optimisten, die nicht an einen neuen Steuerplan gegen den Tabak, am wenigsten an den einer Wandroletsteuer glauben wollten. Das konnte uns nicht abhalten, Lärm zu schlagen, denn unser Misstrauen verfolgte die Tätigkeit im Reichsschatzamt mit schärferem Auge und war, wie die Situation seit der laufenden Session des Reichstags beweist, völlig gerechtfertigt.

Es gibt heute noch komische Käuze, die da meinen, wir hätten zu früh losgeschlagen. Es wird diesen Schlafmützen wohl nie ein Licht über politische Absichten der Regierung aufgehen. Den Interessenten der Tabakindustrie konnte es nur lieb sein, wenn die Arbeiterschaft so früh als möglich auf den Kampfplan trat, denn dadurch wurde erstens eine offiziöse Ableugnung der neuen Tabaksteuerpläne unmöglich gemacht, und weiter wurden die breiten Massen der Konsumenten aufmerksam, die in letzter Linie der Tabakindustrie zu Hilfe eilen sollten. Nicht unterschätzt darf ferner werden, daß die Tabakarbeiter ihren Einfluß auf die Abgeordneten, speziell der Wahlkreise, in denen die Tabakindustrie stark vertreten ist, geltend zu machen suchten. Wirklich vermochten sie auch eine ansehnliche Zahl von Abgeordneten so von der Gefahr einer höheren Tabakbesteuerung zu überzeugen, daß sie mündlich oder schriftlich die Erklärung abgaben, gegen jede Belastung des Tabaks oder gegen die Wandroletsteuer stimmen zu wollen.

Das gab der Regierung die Gewißheit einer Ablehnung ihrer Steuervorlage, darum stellte sie diese bis zum Herbst zurück.

Mehr hat sie freilich nicht getan. Aber es genügt, uns die Mittel und Wege zu zeigen, wie wir endgültig den Plan einer höheren Besteuerung des Tabaks zu Falle bringen können. Auch die Süddeutsche Tabakzeitung meint, es sei nur ein Waffenstillstand eingetreten und es genüge wohl, wenn vorläufig einzelne Posten auf der Wacht bleiben!

Nein, das genügt nicht!

Wir schlagen vor, den Feind bis zum Herbst dadurch matt setzen zu helfen, daß bis dahin nun die einflussreichen Fabrikanten den Herren Abgeordneten gelegentlich ein Privatissimum lesen über ihre Pflicht, das Volk vor neuen indirekten Steuern zu bewahren. Die organisierten Fabrikanten waren bisher noch nicht offen auf den Kampfplatz getreten; wir tadeln das nicht, denn in der äußersten Gefahr hätten sie sicher mit allen Mitteln die Bewegung gefördert und neu belebt. Aber nun müssen sie beizeiten vorbeugen helfen durch obenangedeutete Beeinflussung der Abgeordneten. Dieses Vorgehen wird vor jeder Selbsttäuschung bewahren und den Abgeordneten außerdem klar machen, wie sie ihre Pflicht als Volkvertreter speziell der Tabakindustrie gegenüber zu erfüllen haben, denn manchmal dieser Herren ist nicht zu trauen. Wenn die Gefahr des Reichsdefizits hoch anschwillt, dann werden die unsicheren Kantonalisten auch leichter umfallen. Da heißt es: Weuge vor!

Insofern hat unser unerschütterliches Misstrauen noch etwas Gutes zur Folge gehabt. Es trieb uns dazu, vor der Öffentlichkeit die Pflicht der Abgeordneten stark zu betonen, überhaupt alle indirekten Steuern abzulehnen und die Bedürfnisse des Reiches nur durch direkte Steuern decken zu helfen. Diese Forderung stand im Vordergrund unserer Bewegung und trug das ihre dazu bei, die Regierung zu drängen, die Erbschaftsteuer auszubauen oder eine Reichseinkommen- oder Reichsvermögenssteuer einzuführen.

Wird dies Ziel erreicht, dann mindert sich die Gefahr einer höheren Besteuerung des Tabaks. So ist also unser Misstrauen zu einer politischen Tugend geworden, denn es ließ uns rechtzeitig Alarm schlagen und entfachte eine Bewegung, die über die Kreise der Tabakindustrie hinausgriff, eine Bewegung, die abweichend gegen die Tabaksteuervorlagen vorging, gleichzeitig aber den positiven Hinweis

auf die Einführung direkter, gerechter Steuern gab und damit der Finanzpolitik des Reiches eine sittliche Unterlage bot. Denn es ist eine arge Unmoral, die Vermögen der Armen durch Besteuerung ihrer Lebens- und Genussmittel noch mehr auszupevern, die Reichen aber zu schonen.

## Gesetzentwurf über Arbeitskammern.

Der Reichsanzeiger veröffentlichte den 31 Paragraphen umfassenden, dem Bundesrat zugegangenen Gesetzentwurf über Arbeitskammern. Während auf fast allen anderen Gebieten die dem Bundesrat zugeordneten Gesetzentwürfe lange Zeit vor dem Eingang beim Bundesrat veröffentlicht werden, um den Beteiligten Gelegenheit zu geben, sich über den Inhalt des Entwurfs zu äußern, wird dieser Praxis bei den die Arbeiter besonders angehenden Gesetzentwürfen entgegengedehnt. Es kann auch kaum als ein kleiner Fortschritt bezeichnet werden, daß das Reichsamt des Innern sich wenigstens zur Veröffentlichung in dem Stadium entschlossen hat, in dem der Gesetzentwurf dem Bundesrat vorliegt. Denn sein Inhalt ist derartig für die Interessen des Scharfmachertums zugeschnitten, daß die Annahme schwerlich fehlgeht, daß sozialfeindliche Großindustrielle in einem weit früheren Stadium über den Entwurf angehört sind, nicht aber selbständige Arbeiterorganisationen.

Der Entwurf stellt keine Erfüllung der von der Arbeiterklasse seit Jahrzehnten aufgestellten Forderung dar, in den sie angehenden Maßnahmen zur Beratung, Beschlußfassung und Aufsicht zugelassen zu werden, sondern sieht fast wie eine Verhöhnung dieses Verlangens aus. Und das, wiewohl der kaiserliche Erlass vom 4. Februar 1890 infolge der durch die Sozialdemokratie seit dem Jahr 1877 im Reichstage gemachten Anregungen und Gesetzesvorschläge zur Schaffung von Organisationen, welche die Interessen der Arbeiter durch Arbeiter wahrnehmen, durch folgende Worte die Errichtung von Arbeiterkammern verheißt:

Für die Pflege des Friedens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind gesetzliche Bestimmungen über die Formen in Aussicht zu nehmen, in denen die Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten beteiligt und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlung mit den Arbeitgebern und mit den Organen meiner Regierung befähigt werden. Durch eine solche Einrichtung ist den Arbeitern der freie und friedliche Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden zu ermöglichen und den Staatsbehörden Gelegenheit zu geben, sich über die Verhältnisse der Arbeiter fortlaufend zu unterrichten und mit den letzteren Fühlung zu behalten.

Die in den Motiven zum Gesetzentwurf vertretene Ansicht, das Gesetz erfülle dies Versprechen, widerspricht der Wahrheit. Der Gesetzentwurf schafft keine Arbeiterkammern, keine Vertretung von Arbeitern, sondern auf sogenannter paritätischer Grundlage aufgebaut, im wesentlichen lediglich begutachtende Kammern, in denen die Arbeiter im besten Falle eine dekorative Rolle spielen. Es sind keine Vertretungen der Interessen der Arbeiter durch geeignete Organisationen. Der Aufbau von Arbeiterkammern, Gewerbe- oder Arbeitsämtern und Reichsarbeitsamt fehlt. Die vorgeschlagene Neuorganisation ist weit eher als zur Vertretung der Interessen der Arbeiter zur Rahmlegung der Kräfte der Arbeiterorganisationen geeignet. Der Gesetzentwurf kapituliert vollkommen vor den Scharfmachern. Er gibt ihnen eine Organisation in Anlehnung an die herkömmlichen Arbeiterausschüsse des preussischen Berggesetzes, eine neue Schutztruppe der Arbeitgeber gegen die Arbeiterorganisationen und gegen die Arbeiterklasse selbst.

Die Zusammensetzung der Arbeitskammern gewährleistet diesen Zweck. Die Arbeiter sollen nicht durch geheime Urwahlen gewählt werden, Arbeiterorganisationen, denen Arbeiter ihr Vertrauen schenken, sollen nicht berücksichtigt werden, sondern — Arbeiterausschüsse.

Nach dem Entwurf sollen Frauen nicht wählbar sein. Die Arbeitskammern sollen nicht die gesamte Arbeiterklasse umschließen. Ausgeschlossen von der Teilnahme an der Arbeitskammer sollen die im Handel und Verkehr, in der Land- und Forstwirtschaft, in der Fischerei und Schifffahrt, in Eisenbahnbetriebe beschäftigten Arbeiter, Bureauangestellte, Gärtner und andere sein. Der Drang nach Zersplitterung der Arbeiterklasse geht soweit, daß nicht einmal alle gewerblichen Arbeiter erfasst sind. Es sind ausdrücklich die im Handwerksbetriebe beschäftigten Arbeiter ausgeschlossen!

An Stelle von Arbeiterkammern, die auf der Grundlage des Proportionalwahlsystems durch alle großjährigen Arbeiter und Arbeiterinnen in der gesamten Industrie,

im Gewerbe, im Bergbau, im Handel, Verkehr und der Landwirtschaft auf Grund eines geheimen Wahlrechts zusammengesetzt sind, um Gutachten über die Arbeiter betreffende Angelegenheiten abzugeben, Anträge zu stellen, Erhebungen zu veranstalten, bei der Ausgestaltung, Durchführung und Beaufsichtigung des Arbeiterschutzes und der Förderung korporativer Arbeitsverträge mitzuwirken, will der Gesetzentwurf Organisationen, die dem Arbeiter nur scheinbar eine Vertretung gewähren, einer Zersplitterung und Untergrabung selbständiger Arbeiterorganisationen dienen und die Interessen der Arbeitgeber wahrnehmen sollen. Das ist der Eindruck, der sich bei der ersten Durchsicht der Vorlage aufdrängt.

## Das Land ohne Streiks.

So wurde bisher vielfach mit großer Genugtuung die australische Kolonie Neu-Seeland geheißen. Die Konflikte zwischen Unternehmern und Arbeitern in der Industrie wurden durch Verhandlungen vor den Einigungsämtern und Schiedsgerichten verhandelt und „geregelt“. Das Gesetz wurde im Jahre 1894 geschaffen, nachdem einige große Streiks stattgefunden hatten, durch welche die ganze Bevölkerung in Mitleidenschaft gezogen worden war. In der Tat ist man jahrelang mit diesen gewerblichen Schiedsgerichten ausgekommen und es wurde diesen Einrichtungen nachgehört, daß ihnen besonders die schnelle Entwicklung und Prosperität des Landes zu danken sei. In den letzten zwei Jahren haben aber trotz des Gesetzes, das den Streik verbietet, eine Reihe von Ausständen, und zwar im Schneidergewerbe, im Transportgewerbe, bei den Bädern, Schlächtern usw. stattgefunden. Die Verhängung von Strafen bis zu 100 Mk. wegen Beteiligung an Streiks, in einzelnen Fällen auch von Gefängnisstrafen, hat nichts genützt, und die Unzufriedenheit der Arbeiter mit diesem Gesetze wird immer größer.

Es wird auch immer offener, daß die Annahme, dieser Friede im Gewerbe habe die Prosperität der Industrie hervorgerufen, falsch ist, die Gründe hierfür liegen ganz wo anders. Die junge Kolonie konnte große Massen gestorenen Hammelfleisches nach Europa ausführen, erhielt für Schafwolle, Butter, Milch, Getreide, kurz alle landwirtschaftlichen Produkte hohe Preise. Dies beeinflusste selbstverständlich die Entwicklung der Industrie in sehr günstiger Weise. Auch ohne das Antistreikgesetz hätte die Entwicklung diese Bahnen genommen. Die Unternehmer konnten infolgedessen den höher gehenden Ansprüchen der Arbeiter bisher auch meist nachkommen. Je mehr aber die junge Kolonie in das Jahrwasser großkapitalistischer Entwicklung gelangt, desto größer werden in dieser Beziehung die Schwierigkeiten: Die Grundrente ist gestiegen, Kapitalisten, Spekulanten, Zins- und Dividendenempfänger nehmen ihren Anteil von den Erträgen der Arbeit vorweg.

Das Gesetz über die Einigungsämter und Schiedsgerichte befriedigt also nicht mehr. Dem Parlament von Neu-Seeland liegt zurzeit eine Novelle vor, welche unter Aufhebung der Einigungs- und Schiedsämter die Errichtung von Gewerbeschiedsämtern vorsieht. Diese sollen aus drei Unternehmern und drei Arbeitern zusammengesetzt sein, die in dem betreffenden Gewerbe beschäftigt sind oder beschäftigt waren, in welchem die Differenzen ausgebrochen sind. Ein unparteiischer Vorsitzender soll von den Vertretern gewählt bzw. vom Gouverneur ernannt werden. Damit glaubt man den Mißstand beseitigen zu können, daß die Urteile der Einigungsämter, die mehr zugunsten der Arbeiter ausfallen, wieder aufgehoben werden können. An den letzteren wirken gelehrte Richter mit. Die Gefängnisstrafen, deren Verhängung unter den Arbeitern viel böses Blut gemacht hat, sollen beseitigt werden. Dafür sollen die im Gesetz vorgesehenen Geldstrafen mit größerem Nachdruck eingetrieben werden. Die Unternehmer sollen durch Gesetz verpflichtet werden, die auf Grund dieses Gesetzes über Arbeiter verhängten Geldstrafen vom Lohne abzuziehen, und zwar bis zur Höhe von 25 Proz. vom jeweiligen Wochenlohn. Gegen diese Bestimmung herrscht in den Kreisen der Arbeiter große Opposition.

Ferner ist noch eine andere Bevormundung der Arbeiter geplant; man will in das Gesetz eine Bestimmung hineinbringen, wonach die Gewerkschaftsbeamten aus denjenigen Gewerben hervorgegangen sein müssen, bei deren Berufsorganisationen sie angestellt werden. Die Wünsche der Arbeiter, sofern diese nicht auf eine gänzliche Beseitigung des Gesetzes hinauslaufen, gehen vor allem dahin, eine schnellere Rechtsprechung zu erzielen und einen größeren Anteil am Produkt zu erhalten, das sie durch ihre Arbeit hervorbringen. Bei dem gegenwärtigen Verfahren vergeht häufig ein

Sahr und darüber, bis die dem Gericht unterbreiteten Differenzen ihre endgültige Erledigung finden. Um einen größeren Anteil am Produkt ihrer Arbeit zu erhalten, werden die Arbeiter von Neu-Seeland freilich andere Mittel in Anwendung bringen müssen. Um diesen sich zu sichern, müssen sie die Beseitigung des kapitalistischen Systems überhaupt als ihr Ziel ins Auge fassen. Und diesen Weg werden auch die Neu-Seeländer Arbeiter finden, die steigende kapitalistische Entwicklung wird sie dahin drängen.

## Rundschau.

**Nun haben wir die Lösung!** Während man überall die Stürze fruchtbar zieht, sich über die Reichsfinanzreform und ihre Möglichkeiten erhebliches Kopfzerbrechen macht und keinen Erfahmann für Stengel finden kann, kommt heute frisch und froh das Berliner Pastorenblatt, der Reichsbote, und schüttelt die Lösung des Problems aus dem Handgelenk. Sie lautet:

Es gibt jetzt kein anderes Mittel, als eine ergiebige Steuerquelle anzubohren, sei es ein Monopol oder eine monopolähnliche Steuer. Mit direkten Steuern ist das nicht zu erreichen, wenn nicht durch den Druck der direkten Steuern die größte Verbitte- rung gegen das Reich eintreten soll. Nur die indirekten Steuern lassen sich so verteilen, daß sie den einzelnen nicht drücken, und geben jedem die Möglichkeit, sich durch Enthaltung vom Konsum des Steuerartikels die Steuer zu erleichtern. Hat der Reichs- finanzrat diesen Schritt getan, dann ist die Bahn frei für die weitere Entwicklung, und das erste Jahrzehnt des neuen Jahr- hunderts kann dann ebenso fruchtbar werden wie das erste des vorigen Jahrhunderts.

Hier wird also klipp und klar gesagt, daß die Reichs- treue der besitzenden Schichten ihren Sitz im Geldbeutel hat und durch „Anbohrung“ von direkten Steuern wieder schwindet. Für die Besitzlosen aber hat das Blatt den schönen Trost, daß sie sich nur des Genusses von Brot, Zucker, Salz, des Verbrauchs von Petroleum usw. ent- halten brauchen, um von den indirekten Steuern nichts zu spüren.

**Die Steuerpläne verderblich wirken.** und zwar schon im Voraus, bevor sie die gesetzgeberische Sanktion erhalten, zeigt so recht den Einfluß, den die geplante Vande- roleststeuer für Zigarren schon jetzt auf die Gestaltung des Ge- schäfts in der Zigarrenindustrie übt. Der Breslauer Zeitung wird darüber von einer großen schlesischen Zigarrenfirma geschrieben:

Die Regierung plant, auf die Zigarre gleichfalls die Vande- roleststeuer zu legen, wie sie bei der Zigarette schon seit 1½ Jahren existiert. Schon das Bekanntwerden dieses Steuer- projekts allein wirkte sofort schädigend und hem- mend auf unsern diesjährigen Geschäftsverkehr. Jeder Kauf- mann, der mit Zigarren handelt, hält schon jetzt im Einkauf zurück und läßt die vielen Verkäufer, welche auf ein lohnendes Frühjahrsgeschäft hoffen, ohne Aufträge, mit der Erklärung, daß er infolge Unsicherheit der Verhältnisse nicht kaufen könne, er müßte erst abwarten, ob die Vande- roleststeuer zum Gesetz wird. Was dieser eine Umstand allein für einen enormen großen Verlust, nicht bloß für die direkt Beteiligten, sondern auch für das ganze wirtschaftliche Leben Deutschlands be- deutet, ist leicht erklärlich, wenn man die Größe unserer Zigarrenindustrie in ihrer Beschäfti- gung von ca. 200 000 Arbeitern berücksichtigt, wie weit und breit verzweigt diese über all ist, und wie sie mit ihren Fabri- katen bis tief in das wirtschaftliche Leben jeder einzelnen deut- schen Familie hineingreift. Sollte die projektierte Vande- roleststeuer wirklich zum Gesetz werden, so sind die Schäden für die Industrie selbst bis jetzt in keiner Weise abzuschätzen. So viel sieht fest, daß die Fabrikation der 5- und 6-Pfg.-Zigarren, welche den Hauptbestandteil unserer Industrie ausmacht, durch Mehr- belastung von Steuern auf das stärkste getroffen und die In- dustrie selbst in ihrem Betriebe wenigstens um die Hälfte redu- ziert wird. Was die Zigarettenindustrie anlangt, so unterscheidet sich ihre Produktion ganz wesentlich von der der Zigarren- industrie, indem sie den größten Teil ihrer Fabrikate mit Hilfe perfekter Maschinen herstellen kann und in Wirklichkeit kaum den zehnten Teil von der Arbeiterzahl der Zigarrenindustrie beschäftigt. Auch hat die Zigarettenindustrie lange nicht mit solchen Schwierigkeiten zu kämpfen, indem ja der Einkauf des Deckmaterials bei ihr völlig wegfällt, welcher bei der Zigarren- industrie einer der wichtigsten und schwierigsten Faktoren ist. Unter andern sind auch ihre Zahlungsbedingungen von viel günstigerer Natur, da sie nur im allerhöchsten Falle ihren Ab- nehmern ein dreimonatliches Ziel bewilligt, während die Zi- garrenindustrie bei ihrem großen Umfang ein offenes Ziel von wenigstens sechs Monaten gewähren muß. Sollte diese längere Kreditgewährung eingeschränkt werden, so würde durch eine der- artige Maßnahme eine große Zahl von Zwischen- händlern überhaupt verschwinden und somit der Mittelstand, auf dessen Erhaltung, als den wichtigsten und steuer- kräftigsten Faktor im wirtschaftlichen Leben, doch der größte Wert zu legen ist, wiederum auf das schwerste geschädigt werden.

Herr v. Stengel wird ja demnächst gehen. Ob aber mit ihm seine Steuerpläne verschwinden, ist noch fraglich. Wenn aber auch, der schon angerichtete Schaden wird sich nicht wieder gut machen lassen.

**Treffliche Wahrer ihrer Interessen** sind die Agrarier in allen Lebenslagen. Sie wissen alle Dinge so zu drehen, daß sie ihnen zum Besten dienen. Was sie sonst entchieden bekämpfen, wird ihnen zum Evangelium, wenn für sie ein Vorteil dabei zu erreichen ist. Das beweisen auch wieder die Verhandlungen des Deutschen Landwirtschaftsrates. Dieser beschäftigte sich auch mit der Verschärfung der Ar- beiterchutzgesetzgebung für die Beschäftigung jugendlicher gewerblicher Arbeiter. Um die jugendlichen Arbeiter noch länger zu ihrer Verfügung zu haben, nahmen die Agrarier einen Antrag an, demzufolge die dem Reichstage vor- liegende Gewerbeordnungsnovelle als unzulänglich be- zeichnet und die Regierung ersucht wird, eine Verschärfung der Arbeiterchutzgesetzgebung gegenüber den jugendlichen gewerblichen Arbeitern möglichst bald in die Wege zu leiten.

**Arbeitslosigkeit in Holland.** Der Parteivorstand der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands hat ein Manifest an die niederländischen Arbeiter herausgegeben, in dem er die jetzige Krisis behandelt, mit ihren Folgen von Arbeitslosigkeit, das daran festhaltende Elend und die Erniedrigung der Arbeiter, die unter dem Kapitalismus herrschende Anarchie in der Produktion und dessen Macht- losigkeit gegenüber dem über die Arbeiterfamilien herein- gebrochenen Unglück. „Machtlos steht selbst die Arbeiter- bewegung in diesem Falle,“ sagt das Manifest, „denn selbst die Arbeiterklasse hat über Produktion und Betrieb nichts zu sagen.“ Die Krisis erweise die Notwendigkeit des Sozialismus, und das Manifest ruft die Arbeiter auf,

die Reihen der Sozialdemokratie zu verstärken, zum poli- tischen Kampf und besonders zu dem um das allgemeine Wahlrecht.

## Hermann Krapff †.

Als Genesender befand sich unser Kollege am 10. d. M. auf einem Spaziergange, wo er zum zweitenmal von einem Schlag- anfall heimgesucht wurde, der ihm diesmal das Herz zum Still- stand bringen sollte. Als Toter nur konnte er in seine Wohnung zurückgebracht werden. Unter großer Beteiligung der Bremen- Häftlinge Kollegen und Parteigenossen fand am Donnerstag, den 13. Februar, die Beerdigung statt. Im Trauerzuge waren mehrere Organisationen mit ihren Fahnen und Emblemen be- treten, sowie eine große Zahl derjenigen, die für den Verstor- benen einen Kranz trugen.

Einen Lorbeerkranz mit roter Schleife, der die Inschrift: „Dem treuen Mitarbeiter“ trug, legte namens des Vorstandes des Deutschen Tabakarbeiterverbandes Kollege Liebermann nieder, der dem verstorbenen Freunde einen vor etwa 400 Lei- dtragenden tiefempfundnen Nekrolog widmete. In diesem wurde darauf hingewiesen, daß der Verstorbene bis zu seinem Tode Mitglied des Vorstandes war und daß der Vorstand in ihm einen guten Berater und tüchtigen Mitarbeiter verlor. Lange Zeit vorher war er der Bevollmächtigte seiner Zahlstelle und war oft Besucher von Generalversammlungen, wo ihn sehr viele Kollegen als einen rührigen Mann kennen gelernt haben. Mit ebensolcher unerschütterlichen Treue war er Anhänger und Mitglied der Partei, deren Vorstand er bis zur Krankheit als Mitglied an- gehört hat. Mit Unerblichkeit und Hingebung hat der Ver- storbene die Prinzipien der Partei vertreten, deren eifrigster Fürsprecher und Förderer er gewesen ist, so daß er auch hier oft die Ehre hatte, als Vertreter auf Parteitagungen zu sein. Redner zeigte damit einen Abriß aus dem Leben eines Arbeiters, eines Kämpfers, und nahm Abschied von dem Verstorbenen, dem alle stets ein ehrendes Andenken bewahren werden. Vor der Grab- rede und nach derselben sangen der Gesangverein Vorwärts und der Bremer Männergesangverein einige entsprechende Lieder.

## Berichte.

**Bielefeld.** Protestversammlungen gegen die geplante Van- deroleststeuer fanden weiter im fünften Gau statt: Wertber, Wilhelmshöhe bei Bünde, Brake i. L., Hohenhausen i. L., Lemgo i. L., Wannerholz, Rehme, Elmühle bei Bünde, Sprad- low, Bünde, Elverbissen bei Herford, Petershagen, Stift Quern- heim, Bünde-Feldmark. In Holsen zog der Wirt Lindemann sein Lokal zurück, so daß diese Versammlung nicht stattfinden konnte. In Spenge, wo alles von den Tabakarbeitern leben muß, können die Kollegen kein Lokal bekommen, ebenso in Enger, Kirch- lengern, Hunnebrock, Weesentamp, Hildenhausen, Herringhausen, und Detinghausen. Die Kollegen mögen überall versuchen, Deelen zu bekommen.

**Deuben.** Auch hier tagte am 8. Februar im Sächsischen Wolf eine Volksversammlung, um Protest gegen die geplante Steuererhöhung der Reichsregierung zu erheben. Der Referent, Kollege Franz Schmidt-Dresden, führte zunächst zahlenmäßig die ins Ungleichmäßige steigende Schuldenlast des Reiches und die dadurch vermehrte Finanzkrise vor Augen. Sodann kenn- zeichnete er trefflich die Folgen der Zigarettensteuer, wo- durch namentlich die kleinen Fabrikanten ihrer Existenz beraubt würden. Tausende von Arbeitern, die durch körperliche Ge- brechen auf diese Industrie angewiesen, müßten gerade durch das System der Vande- roleststeuer arbeitslos und auch dauernd in ihrer Existenz bedroht werden. Noch mehr als jetzt würden dann die Großfabrikanten ihre Fabriken aufs flache Land ver- legen, um mit noch billigeren Löhnen zu rechnen, als sie es jetzt schon tun. Wenn auch der letztere Steuerplan einstweilen zur- rückgestellt sei, so zeige doch die Rede des sächsischen Finanz- ministers Dr. Müller, die derselbe im Landtage aus Anlaß einer Interpellation über die Finanzlage des Reiches gehalten, daß das Volk alle Ursache habe, energisch gegen jeden neuen indi- rekten Steuerplan schon jetzt Front zu machen. Die 1½stündigen Ausführungen des Referenten fanden großen Beifall. Eine diesbezügliche scharf gefasste Resolution wurde von der Ver- sammlung einstimmig angenommen. War die Versammlung von Arbeitern und Tabakinteressenten auch ziemlich gut besucht, so glänzte doch die in Deuben und nächster Umgebung nach Hunderten zählenden Zigarettenarbeiterinnen, wie immer bei Versammlungen, durch Abwesenheit. Wenn sich die Tabak- arbeiter und Arbeiterinnen auch anderwärts so klar zeigten in Vertretung ihrer Lebensinteressen, wie im Blauenschen Grunde, so hätte die Regierung leichtes Spiel mit uns.

**Dinnerholz.** Die Protestversammlung auf der Deele des Zigarrenarbeiters Wilhelmmann war von zirka 200 Mann besucht. Nach dem Referate des Gauleiters Schlüter fand eine Resolution gegen die Belastung des Tabaks durch neue Steuern Annahme.

**Elmühle.** Eine stark besuchte Tabakarbeiterversammlung fand hier am Montagabend bei Tiemeher statt. Nach dem Re- ferat des Gauleiters Schlüter wies Genosse Kruse noch auf die Vorteile hin, welche für die Arbeiter aus der Genossenschafts- bewegung entstehen, und forderte zum Beitritt in den Konsum- berein auf. Nachdem Genosse Menke dann noch zu einer regen Agitation für den Deutschen Tabakarbeiterverband aufgefordert hatte, wurde die Protestresolution einstimmig angenommen. Fol- gendes Schreiben des Gastwirts Bitter aus Kirchlengern wurde dann noch verlesen:

Herrn Bitter!

Teile euch freundlichst mit, daß ich die Protestversam- lung nicht annehmen kann, da ich sonst von der Behörde ge- drückt werde, nehmt es mir weiter nicht für ungut.

Freundlichen Gruß

August Bitter.

Dieses Schreiben des Herrn Bitter wirft ein eigentümliches Licht auf die ländlichen Zustände im östlichen Westfalen, zu einer Zeit, wo das Versammlungsrecht freierlicher geregelt werden soll. Wir können nicht glauben, was Herr Bitter hier angibt, denn in dem, was Herr Bitter hier mitteilt, liegt der Vorwurf, daß die Behörde einen Mißbrauch mit ihrer Amtsgewalt treibt. Wahrscheinlich geht es Bitter so, wie es vielen Wirten geht. Sie verweigern ihre Lokale zu Versammlungen, weil sie glauben, dadurch sich bei der Behörde in ein gutes Licht setzen zu können.

**Enger.** Wie die Liberalen gegen die Vande- roleststeuer protes- tieren. Die Liberalen hatten hier auf Mittwochabend in das Lokal von Pfortner eine Volksversammlung einberufen, die sich mit der Vande- roleststeuer und den Kampf um das Wahl- recht beschäftigten sollte. Herr Fabrikant Kronsbain verurteilte in einem kurzen, durchaus sachgemäßen Referat die Absichten der Regierung, den Tabak bluten zu lassen. Scharf haute der Herr auch auf die Konservativen ein und meinte, diese hätten zwar der Regierung Kriegsschiffe bauen, wenn es aber ans bezahlten ginge, drückten sie sich. Jedwede Belastung der Tabakindustrie bringe ungeheure Schädigungen mit sich. — Von einer Diskus- sion sollte anfänglich abgesehen werden. Die Tabakarbeiter aber, welche in der Versammlung antworfend waren, wollten doch die Gelegenheit zu einem scharfen Protest nicht entgehen lassen. Um so mehr, da ihnen leider kein Lokal zur Verfügung gestellt ward, um eine Protestversammlung selbst einzuberufen. Genosse Schreck erbat sich deshalb das Wort, um ganz kurz die Auffassung der Arbeiter zum Ausdruck zu bringen. Als er aber Herrn Kronsbain den Rat gab, dieser solle seinen Parteigenossen, den Freisinnigen, dasfelbe über die Kriegsschiffe sagen, wie den Konservativen, hätten die Freisinnigen doch die Marinevorlagen vor einigen Tagen erst mit bewilligt, da war es aus. Der Leiter

der Versammlung forderte unsern Redner auf, zur Sache zu sprechen. Genosse Schreck verbat sich eine derartige Zensur sehr energisch. Darob nun große Empörung bei dem Herrn Schwabe- bissen, und entzog dieser kurzerhand unserem Genossen das Wort! — Genosse Schreck forderte als Antwort alle ehrlich lübe- ralen und wirklich frei gesinnten Männer auf, mit ihm die Ver- sammlung zu verlassen, da mit solchen „Protestlern“ doch nichts zu erreichen sei. Circa 70 Mann erhoben sich und verließen den Saal. — In humorvoller Art unterhielten diese sich in einem andern Lokale über den „Froschmäufekrieg“.

**Fürstentum.** Am 9. Februar fand eine gut besuchte Pro- testversammlung gegen die geplante Vande- roleststeuer statt. Das Referat hatte Kollege Mag. Müller-Berlin übernommen. In seinem zweistündigen Vortrag verstand es der Redner ausge- zeichnet, an der Hand von Beispielen und Statistiken die unge- heuren Schädigungen, welche durch die schon bestehenden Steu- ern auf Tabak in erster Linie den Tabakarbeitern zugefügt worden sind, der Versammlung klar zu machen. Der Referent führte aus, daß vor Einführung dieser Steuern die in der Tabakindustrie beschäftigten Arbeiter zu den besser bezahlten gerechnet werden konnten, während dieselben jetzt mit einem Durchschnittslohn von unter 600 Mark mit zu den schlechtesten- lohnenden Arbeitern gehören. Die Fabrikanten haben es ver- standen, die Steuern auf die Arbeiter abzuwälzen, indem sie einfach ihre Fabriken aus den Städten nach dem flachen Lande verlegten, wofür sie teilweise für die gleiche Arbeit zwei Drittel weniger Lohn zahlen. Auch die Hausindustrie wurde wesent- lich begünstigt und gewann an Ausdehnung. Sollte die jetzt geplante Vande- roleststeuer Gesetzkraft erlangen, so wird auch dies wieder Tausende von Arbeitern und Kleinfabrikanten die Exi- stenz kosten. Dies wäre um so bedauerlicher, weil gerade in unserer Industrie viele mit körperlichen Fehlern behaftet sind, welche in andern Branchen schwerer Arbeit finden würden. Des- halb, schloß der Redner seinen mit großem Beifall aufgenom- menen Vortrag, fort mit einer Regierung, die sich nicht scheut, durch derartige Steuerprojekte Mittel zur Befestigung ihrer Macht aus den Ärmsten der Armen herauszupressen. Der Vertreter des Wahlkreises im Reichstage, Professor Detto aus Frankfurt a. O., war auch zu der Versammlung brieflich einge- laden worden, aber nicht erschienen. Eine Postkarte war von ihm eingegangen, des Inhalts, daß er nicht kommen könnte, da er sich eine Stellungnahme zu den einzelnen Steuerentwürfen vorbehalten müsse. Diese Antwort kennzeichnet in treffender Weise diesen Vertreter der Fraktion Dießscheibe, sie ist echt nationalliberal. Eine scharf gehaltene Resolution, die sich gegen die Vande- roleststeuer wendet, wurde nach ihrer Verlesung ein- stimmig von der Versammlung angenommen. Sie soll dem Ver- treter des Wahlkreises im Reichstage und der Regierung zuge- sandt werden.

**Goslar.** Bezugnehmend auf die Aussperrung bei der Firma A. Hoppe, Goslar, möchten wir uns auch einmal mit der Person des „Meisters“ Hartmann beschäftigen. Hartmann, früher erster Bevollmächtigter und Vorsitzender des sozialdemokratischen Wahlvereins zu Goslar, wenn auch nur auf kurze Zeit, muß doch, sobald er Meister bei Hoppe wurde, ganz anderer Meinung ge- worden sein. Alles das, was er vorher tabelte und scharf rügte — wir erinnern nur an die Vorgänge bei der Firma Biza (Meister Lämmer) —, tut er nun selbst und sucht sich ein Ver- dienst darin, den früheren Meister Lämmer noch zu übertreffen. Wir meinen, wenn er als Verbandskollege zu seinen Arbeitern spricht, wie: Hier habe ich zu sagen; was ich sage, das gilt! Hier bestimme ich; wenn es nicht paßt, kann gehen usw., so ist das doch nicht mehr kollegialisch zu nennen. Wir wollen auf Einzelheiten hierüber nicht eingehen, nur eins wollen wir hier noch anführen, daß er immer, wenn er gefragt wurde, was beab- sichtigt denn eigentlich Hoppe?, dieselbe Antwort gab: Ich weiß es nicht. Dabei steht fest, daß er nicht nur von allem unter- richtet war, sondern als die Triebfeder dieser ganzen Mani- pulation bezeichnet wurde. Am 4. Februar morgens wurden sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen entlassen, am Abend des- selben Tages lief der „Meister“ Hartmann zu verschiedenen Ar- beiterinnen mit dem Bemerkten, sie könnten am Montag, den 10. Februar, die Arbeit wieder aufnehmen. Von den Arbeit- rinnen, soweit sie Mitglieder sind, wurde ihm zur Antwort ge- geben: Wenn alle anfangen, fangen auch wir wieder an. An der Solidarität der Arbeiterinnen sollte sich der „Meister“, früherer Bevollmächtigter und früherer Wahlvereinsvorsitzender, ein Beispiel genommen haben. Die Mitgliederversammlung vom 9. Februar, zu welcher auch Hartmann eingeladen, aber nicht erschienen war, nahm mit Entrüstung Kenntnis von all diesen Sachen. Nach eingehender Beratung, in welcher auch der Gau- leiter Burgold das Gebaren Hartmanns festnagelte, stellte Kol- lege Böfer den Antrag, das Mitglied Karl Hartmann aus Passow bei Schwedt a. O. wegen Schädigung der Interessen der Mitglieder zu streichen. Des ferneren Frau Hartmann aus Woltersdorf, weil sie sich nicht solidarisch erklärte, auch sie hat versucht, Mitglieder zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen. In der Versammlung waren anwesend 81 Mitglieder, und diese stimmten dem Antrag zu. Nachdem noch einige interne Ange- legenheiten des Verbandes geregelt und die Anwesenden auf- gefordert wurden, treu zum Verbands zu halten, erfolgte Schluß der Versammlung.

**Gänzlich.** Am 2. Februar fand hier eine Protestversam- lung gegen die Tabaksteuer statt. An Stelle der verhinderten Genossin Wadwig hatte Kollege Minnmergut das Referat über- nommen. In seinem einstündigen Vortrage wies Redner auf die fortgesetzte Zoll- und Steuerpolitik der Regierung und der Mehrheitsparteien hin, wodurch die notwendigsten Lebensmittel unendlich verteuert sind. Trotz dieser Tatsache will man die Lebenslage der Arbeiter noch tiefer herabdrücken. Raum daß zwei Jahre vergangen, wo die Regierung dem Reichstag ein ganzes Bußgeld Steuern überreichte, so steht die Tabakindustrie schon wieder vor einer drohenden Gefahr, und zwar vor der Ein- führung der Vande- roleststeuer auf Zigarren. Ebenso sollen Rauch-, Rau- und Schnupftabak derselben Steuer unterzogen werden. Die Regierung will gleich ganze Arbeit machen. Schon jetzt werden mehr denn 70 Millionen aus dem Tabak herausge- preßt. Diese sind vornehmlich Lohn der Tabakarbeiter. Der Durchschnittslohn der Tabakarbeiter beträgt nach der Be- rücksichtigung 518 Mk. Redner gibt nun ein Bild über die ge- schäftliche Entwicklung der Tabaksteuer überhaupt. Daraus ist zu ersehen, daß der Tabak seitens der Regierung und ihr nahestehender Parteien stets als gutes Steuerobjekt betrachtet wurde. Im Jahre 1903 rechnete die Regierung bei ihrer Steuer- vorlage mit einem Fünftel des Konsumrückgangs. So würden jetzt mindestens bei Einführung eines derartigen Gesetzes 40 000 Arbeiter aufs Pflaster geworfen werden. Eine weitere Folge wird die Vernichtung der Kleinfabrikation sein. Nicht besser er- geht es den Händlern. Redner begründet dieses ausführlich. Das Ziel der Regierung ist das Monopol. Im weiteren kenn- zeichnete er die Zerfahrenheit der bürgerlichen Parteien, so daß von dieser Seite nichts Gutes zu erwarten sei. Indem Redner nun die antworfenden Tabakarbeiter und Interessenten auf- for- derte, gegen eine derartige Belastung des Tabaks energisch Vorstoß zu erheben, schließt er seine Ausführungen mit den Worten: Nieder mit jedweder Besteuerung des Tabaks! Kollege Stephan sprach im Sinne des Referenten und macht auf die Arbeiterpresse aufmerksam. Eine im Sinne des Referats eingebrachte Resolu- tion wurde angenommen. In seinem Schlußwort wies der Referent nochmals darauf hin, daß die besitzende Klasse es stets verstanden habe, ihre wirtschaftliche Macht und die sich daraus ergebende politische Macht dazu zu benutzen, nicht nur die Ar- beitskraft der Arbeiter auszunutzen, sondern auch den größten Teil der Staatslasten auf sie abzuwälzen. Ferner machte er auf die Koalition der Fabrikanten aufmerksam und ersuchte, nicht zu

erfahren in der Agitation für den Deutschen Tabakarbeiterverband. Nur durch eine kompakt geschlossene Masse ist es den Arbeitern möglich, ihre Lebenslage zu verbessern und alle Anschläge auf dieselbe abzuwehren.

**Sunnebrod.** Der Streit bei Teschmacher u. Co. ist, wie wir bereits meldeten, beendet. Der Streit begann am 2. Januar in Spenge mit einer Aussperrung von 56 Personen seitens der Firma. Als 14 Tage später die Firma die Aussperrung aufhob, stellten die Arbeiter die Forderung nach besserem Lohn und Lohnsteigerung. Nun begann ein hartnäckiger Kampf, wie wir denselben in unserm Bericht noch nicht gehabt haben. Die Filiale Oetinghausen und 22 Personen von den 40 Arbeitern der Firma Sunnebrod erklärten sich solidarisch. Am 4. Februar kam es zu einer Verhandlung zwischen der Firma und der Gesamtkommission der drei Fabriken, an denen der Gauleiter Schlüter teilnahm. Die Firma versprach für einige Sorten bessere Tabake sofort zu geben und bei den Sorten, zu deren Herstellung die schlechten Tabake benutzt wurden, Lohnzulagen von 50 und 25 Pf. pro Mille und Auszahlung des Lohnes am Schlusse jeder Woche. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. Auf Grund dieser Abmachungen beschloß die Kommission dann einstimmig, den Streit zu beenden. Angesichts der Tatsache, daß hier die Arbeiter in der Abwehr standen, und angesichts des klauen Geschäftsganges noch ein guter Abschluß dieses Kampfes! So beschloßen die Arbeiter, doch anders Herr Wietemöller, der erste Werksführer der Firma. Er verlangte, wie dieser Herr der Firma berichtete, Abbitte von den Arbeitern, die sich mit ihren Spenger Kollegen solidarisch erklärt hatten, und warf die in Kündigung stehenden trotz des gegenteiligen Versprechens der Firma hinaus. Nun begann der Kampf auf der ganzen Linie von neuem. Herr Wietemöller erhielt eine Frist von Freitag bis Sonnabend mittag 12 Uhr, bis zu welchem Zeitpunkt er die Abmachungen bedingungslos anerkennen sollte. Als er dieses nicht tat, da war der starke Mann in Sunnebrod auf der Strecke. Ihm war gekündigt. Gestern fanden nun in Spenge wieder Verhandlungen zwischen der Firma einerseits, der Verbandsleitung und den streikenden andererseits statt. Das Resultat der Verhandlung ist, daß Wietemöller Sonnabend in 8 Tagen aufhört für Teschmacher u. Co. zu arbeiten. Die Firma beschäftigt die streikenden Sunnebroder weiter. Die Arbeitswilligen werden nicht weiter beschäftigt. Da die Firma aber nicht sofort eine Fabrik und Meister in Sunnebrod wieder hat (die jetzige Fabrik gehört Wietemöller), so müssen die Sunnebroder vorerst nach Spenge fliehen, und zwar einmal die Woche. Damit ist der Streit beendet. Wietemöller, von dem noch vorige Woche die Volkswacht berichtete, daß er seine Arbeiter frieren ließ, indem er Asche und Lehm statt Kohlen lieferte, hat seit einem Jahre in der Bekämpfung des Verbandes alles mögliche angestellt. Deshalb eine große Freude unter den beleidigten Arbeitern darüber, daß seiner Laufbahn als Meister ein Ende bereitet wurde.

**Langensfelde.** Am 13. Januar tagte im Gasthaus zum weißen Hahn eine gut besuchte Protokollversammlung. Die Tagesordnung lautete: Die Wabendersteuer und ihre Rückwirkung auf die Tabakindustrie. Das Referat hatte der Kollege Gräbner aus Hanau übernommen. Er führte etwa folgendes aus: Kaum sind zwei Jahre verflossen, daß die deutschen Tabakarbeiter auf dem Berliner Tabakarbeiterkongreß beisammen waren, wo der Reichsregierung durch die Berichte der einzelnen Delegierten gezeigt wurde, unter welch elenden Verhältnissen der deutsche Tabakarbeiter zu leiden hat, droht trotzdem die Regierung heute schon wieder mit einer Neubelastung des Tabaks, nämlich mit einer Wabendersteuer für Zigarren. Aus diesem Gebaren der Reichsregierung ersieht man, daß man nach einer Protokollmachung von hunderttausenden von Tabakarbeitern nichts fragt, sondern nur darauf ausgeht, die Armes der Kerntzen immer mehr mit indirekten Steuern zu belasten. Nach einstimmiger Annahme der Protokollresolution, welche lautete: „Die Tabakarbeiter von Langensfelde protestieren auf das entschiedenste gegen jede Erhöhung der Tabaksteuer, des Tabakzolles sowie gegen jede Art der weiteren Besteuerung der Tabakfabrikate und verurteilen aufs schärfste, daß die Reichsregierung fortgesetzt die Tabakindustrie beunruhigt und dadurch die Lebenshaltung der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen noch zu verschlechtern sucht“, wurde die Versammlung geschlossen.

**Neu-Ruppin.** Am 9. Februar fand hier im Restaurant zum Schwann (Wichmannstraße) unsere Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1907; 2. Vorstandswahl; 3. Kartellbericht; 4. Verschiedenes. Der Kassierer verlas die Abrechnung vom 4. Quartal; der Bestand am Schlusse des Quartals betrug 116.80 Mark. Da die Kasse in bester Ordnung gefunden wurde, wurde dem Kassierer die Entlastung erteilt. Bei der Vorstandswahl wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Den Kartellbericht erstattete Kollege Meier, dann schritt man zur Wahl der Kartelldelegierten, es wurden die Kollegen Köpfe und Giers wiedergewählt, ebenfalls die Stellvertreter, die Kollegen Meier und Hesselbart. Zum 4. Punkt, Verschiedenes, erörterte Kollege Kühne die neugegründete Arbeiterbibliothek, welche jeden Sonntag im Restaurant zum Schwann von 10—12 Uhr geöffnet ist. Dann wurde noch der Kartellbericht bekannt gegeben, daß jetzt in Neu-Ruppin ein Minimallohn von 8 Mark bei freier Zurückhaltung besteht. Der Antrag des Kollegen Lembke, innerhalb vier Wochen, also am 8. März, eine Versammlung in Neu-Ruppin abzuhalten und die Nichtmitglieder dazu einzuladen, wurde von der Versammlung einstimmig angenommen. Mit einem Hoch auf den Deutschen Tabakarbeiterverband wurde die Versammlung geschlossen.

**Nehe.** Die Protokollversammlung, welche hier am Sonntag tagte, war von circa 300 Personen besucht. Das Referat hatte Genosse Schlüter-Mielefeld übernommen. Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, die sich ganz entschieden gegen jede weitere Belastung des Tabaks aussprach.

**Briefkasten.**

**Neubann.** Dergleichen Ankündigungen sind an den Vorstand zu senden, dem die Kontrolle für solche Vorkommnisse zusteht. Die Sache ist also sofort dem Vorstand zu melden, wenn die weitere Veröffentlichung erfolgen soll.  
**N. Kühne, Klagenfurt.** Das Eingekaufte findet keine Aufnahme. Es trifft auch nicht entfernt den Kern der Sache.

**Vereinstell.**

**Deutscher Tabakarbeiter-Verband.**

- Karl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6.**
- Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6, zu adressieren.**
- Geld-, Einschreib- u. Versendungen nur an W. Niederwolland, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6.**
- Für den Ausschuß bestimmte Zuschriften sind an Emil Gilken, Altona-Ottensen, Scheel-Platzstraße 1, I, zu adressieren.**

**Bekanntmachungen.**

Das Mitglied **Franz Jakob** aus **Attendorn** ist von Hamburg ohne Abmeldung abgereist. Derselbe muß 1.—Mk. Strafe zahlen.

Von **Spremborn** wird als verloren gemeldet das Buch S. I, 31028, lautend auf **Mina Teichner**, eingetr. am 25. 10. 07.

Die Bevollmächtigten werden ersucht, die Wanderkarte, lautend auf den Namen **Edward Kehlener** aus **Köln**, geb. 4. 4. 49, eingetr. am 14. 6. 00, S. I, 51038, Kl. III, zu konfiszieren und schnellstens einzusenden.

Ausgeschlossen nach § 15 des Statuts wurde **Franz Jedraszky** aus **Burg**, S. I, 1716, eingetr. am 5. 7. 90. Das Mitgliedsbuch ist zu konfiszieren und dem Vorstand einzusenden.

**An die Bevollmächtigten!**

Wiederholt ist es vorgekommen, daß Bevollmächtigte Wanderkarten ausstellen, ohne das betreffende Mitgliedsbuch zurückzubehalten und uns einzusenden. Auch vergessen sie bei Ausstellung der Wanderkarte Serie und Buchnummer und Beitragsklasse auf die Wanderkarte einzutragen. Wir machen deshalb noch einmal darauf aufmerksam, daß bei Ausstellung der Wanderkarte Serie, Buchnummer und Beitragsklasse auf dem Vorstande eingelangt werden muß. Bevollmächtigte, die für die Folge in vorstehendem Sinne nicht handeln, werden publiziert werden.

Die Bevollmächtigten von **Oppeln** und **Bödingen** bei **Hellbronn** haben trotz der dringenden Pflicht Wanderkarten ausgestellt und deren Bücher noch nicht eingekandt.

**Zur Beachtung!**

Die Bevollmächtigten, die Wanderkarten ausstellen, werden dringend darauf hingewiesen, keine Wanderkarte auszustellen, wenn das wandernde Mitglied mehr als vier Wochen Beitragsfreie hat.

**An die Bevollmächtigten!**

Zur Beachtung! In den neuen Krankenjournalen, die ab 1. Januar 1908 in Gebrauch zu nehmen sind, fehlt auf den Quittungsformularen, die dem Vorstande als Ausgabebeleg mit der Abrechnung einzusenden sind, die Rubrik zum Eintragen, wann der Krankenunterstützungsempfänger dem Verbande beigetreten ist. Dieses Beitrittsdatum muß der Vorstand nun aber haben, soll eine genaue Kontrolle sich ermöglichen lassen. Wir eruchen deshalb die Bevollmächtigten, auf allen Quittungsformularen, die dem Vorstande als Ausgabebeleg eingekandt werden, das Aufnahmedatum an passender Stelle eintragen zu wollen.

Die roten Zettel „Zur Beachtung!“ die heute für die Bevollmächtigten beigelegt sind, sind auf den Umschlag der Kranken-Quittungsformulare zu kleben.  
**Dresden. Der Vorstand.**

Vom 11. bis 17. Februar 1908 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

A. Verbandsbeiträge:		B. Freiwillige Beiträge:	
9. Februar. Garbentisch, durch F. Schnell u. Gieken	69.80	11. Februar. Schwepnitz	8.10
9. Groß-Linden, durch F. Schnell u. Gieken	214.65	11. Wahlheim	100.—
10. Bremen, R. Karmasched	19.20	12. Oldenburg	50.—
10. Sunnebrod	107.—	12. Scharmbeck	64.50
10. Bergedorf	100.—	12. Neurruppin	100.—
10. Minick	15.—	12. Grevesmühlen	40.—
10. Ottenen	800.—	13. Lundenwalde	24.90
10. Baugen	100.—	13. Greiffenberg	28.—
10. Welterenger	160.—	13. Rintheim	68.80
10. Meiken	80.—	18. Belgitz	35.—
10. Eltra	40.—	18. Rees a. Rh.	27.—
11. Woldau	192.30	14. Hünde i. W.	35.—
11. Holsen	57.90	14. Pasewalk	14.80
11. Hamburg	400.—	14. Rüdigen	27.15
11. Kirch	40.40	15. Offenburg	100.—
11. Schwelbitz	45.—	15. Goh	200.—
11. Sunnebrod, durch C. Deichmann u. Bremen	300.—	15. Großenhain	50.—
11. Mikoslaw, durch M. Clement-Dreslau	13.60	16. Eilenburg	100.—
		16. Werl i. W.	40.—
		16. Bassum, durch Chr. Blome	25.—

C. Freiwillige Beiträge zur Unterstützung der Protestbewegung gegen die Zigarren-Wabendersteuer.

11. Februar. Berlin, S. Hammerstein
 50.— |

Verichtigung: In Nr. 7 des Tabakarbeiter muß es heißen Deuben 600.— Mk., statt Durlach.

Der Beschluß der Generalversammlung, die freiwilligen Gelder zwecks gleichmäßiger Verteilung an den Kassierer nach Bremen zu senden, sei hiermit den Kollegen in Erinnerung gebracht.

Etwasige Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei dem Unterzeichneten einbringen.

Ersuche die Herren Absender, auf dem Coupon die Bemerkung zu machen, ob es Verbandsbeiträge oder freiwillige Beiträge sind.  
**Bremen, den 17. Februar 1908.**

**W. Niederwolland, Kassierer, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6.**

**Vom Vorstande sind ernannt:**

- Für Bielefeld:** Fritz Myrro als 1. Bev., M. Schulz als 2. Bev., Emil Bilz als 3. Bev.; Herm. Mahmann, Wilh. Schönenberg, Heinr. Gering als Kontrolleure.
- Für Burgsteinfurt:** J. Wahlbirg als 1. Bev., W. Felb als 2. Bev., W. Ribbrig als 3. Bev.; G. Kretsch, B. Berning, H. Hülfes als Kontrolleure.
- Für Frankfurt a. O.:** Karl Galy als 1. Bev., Karl Strebl als 2. Bev., Johannes Wadke als 3. Bev.; Paul Weigmann, Wilh. Klob, Otto Hantsch als Kontrolleure.
- Für Gerdshagen:** Artur Liebe als Vertrauensmann; Bierstadt, Ewede, Engelhardt als Kontrolleure.
- Für Greiffenberg:** Paul Suchtk als 1. Bev., Bernh. Simon als 2. Bev., Max Gärtner als 3. Bev.; Heinr. Scholz, Anna Gloyna, Hermann Müller als Kontrolleure.
- Für Grevesmühlen:** C. Holenquirt als Kontrolleur.
- Für Großenhain:** Anton Kristen als Vertrauensmann; Karl Klüger, Otto Biennis, Gust. Schödel als Kontrolleure.
- Für Hamburg:** W. Samber als 1. Bev., B. Gorges als 2. Bev., L. Kuhlner als 3. Bev.; F. Nussborn, Theob. Horn, F. Zwerner als Kontrolleure.
- Für Hochhausen:** David Ulrich als 1. Bev., Karl Geier als 2. Bev., August Geier als 3. Bev.; Joh. Emmert, Joseph Teil, Ludw. Schütz als Kontrolleure.
- Für Hokenheim:** Heinr. Kraus als 1. Bev., Joseph Kagenmeier als 2. Bev., Bernh. Weiß als 3. Bev.; Christ. Auer, Ludw. Koch, Bernh. Lamsche als Kontrolleure.

- Für Karlsruhe:** Karl Bauer als 1. Bev., Lorenz Wirth als 2. Bev., W. Giffow als 3. Bev.; Valentin Dreier, Peter Storf, Gust. Sauer als Kontrolleure.
- Für Köln:** Wilh. Hermann als 1. Bev., Aug. Michalak als 2. Bev., Heinz Bobart als 3. Bev.; August Hühnscher, P. Gerten als Kontrolleure.
- Für Launsbach:** Theodor Pfaff als 1. Bev., Wilh. Poent als 2. Bev., Karl Debus als 3. Bev.; Elisabeth Bechtold, Margarete Römer, Elisabeth Hoch als Kontrolleure.
- Für Litzgitz:** Paul Bernert als 1. Bev., Gust. Kirch als 2. Bev., Alf. Henze als 3. Bev.; Michael, Egeh, Großmann als Kontrolleure.
- Für Löbau i. S.:** M. Wöhmer als 1. Bev., Karl Bittsch als 2. Bev., Albrecht Klose als 3. Bev.; Rob. Kessel, Karl Pohl, Rud. Antelmann als Kontrolleure.
- Für Lübeck:** C. Sandgaard als 1. Bev., G. Koop als 2. Bev., E. Harber als 3. Bev.; D. Tenner, W. Schulz, Mange als Kontrolleure.
- Für Mainz:** Fried. Langjahr als 1. Bev., Joh. Größtenberger als 2. Bev., Gustav Breitenbach als 3. Bev.; Heinr. Pöcher, Aug. Stübner, Fr. Petermann als Kontrolleure.
- Für Oldenburg:** Joh. Jochen als 1. Bev., Heinr. Dellen als 2. Bev., Wilh. Schäfer als 3. Bev.; Gerh. v. d. Nolen, Harm. Siemens, Teles Dicks als Kontrolleure.
- Für Paderborn:** Otto Madrus als 1. Bev., W. Kochrian als 2. Bev., Albert Wollmann als 3. Bev.; Friedr. Rudolf, Martin Lindemann, Otto Baustian als Kontrolleure.
- Für Pöschel:** Karl Schäfer als 1. Bev., Max Strobel als 3. Bev.; Adam Wollrath, Friedrich Schwiager als Kontrolleure.
- Für Pyrmont:** Karl Klein als 1. Bev., Wilh. Vosse als 2. Bev., Alf. Schmitz als 3. Bev.; Wollrab, Scheller, Heinr. Xerhardt, Auguste Nieburg als Kontrolleure.
- Für Ratibor:** Rob. Randora als 1. Bev., Stephan Smuda als 2. Bev., Joh. Moskpa als 3. Bev.; J. Lescha, F. Abamar, J. Depa als Kontrolleure.
- Für Sprotow:** Frits Steinkamp als 1. Bev., W. Breitenlamp als 2. Bev., A. Heiffied als 3. Bev.; G. Schuster, K. Banisch, G. Schneider als Kontrolleure.
- Für Teltow:** Erich Meichert als 1. Bev., Julius Nölde als 2. Bev., Rich. Krämer als 3. Bev.; Herm. Krüger, Gustav Eggert als Kontrolleure.
- Für Zeitz:** Louis Reupke als 1. Bev., Karl Moberow als 2. Bev., Karl Schmah als 3. Bev.; Ernst Enke, Max Hollin, Anna Deutrich als Kontrolleure.
- Für Zirke i. Posen:** Theophil Binder als 1. Bev., Jakob Wielon als 2. Bev., R. Schwenzer als 3. Bev.

Verichtigung: In Nr. 6 des Tabakarbeiter muß es unter „Dem Vorstande sind ernannt“ heißen: Für Kistritz: Fr. Braun als 1. Bev., Plantagenstraße 15. In diesen sind alle Zuschriften zu richten.

**Adressen-Änderungen:**

- Für Baffum (2):** Sämtliche Zuschriften und Sendungen sind an Hermann Stühling, Burgstraße 84, zu richten.
- Für Bielefeld:** Der 1. Bev. Fritz Myrro wohnt jetzt Wisensstraße 18, II. — Der 2. Bev. M. Schulz wohnt jetzt Turnersstraße 45.
- Für Frankfurt a. O.:** Der 2. Bev. Karl Strebl wohnt jetzt Sonnenburger Straße 53.
- Für Gerdshagen (3):** Der Vertrauensmann Artur Liebe wohnt jetzt Stendaler Straße 136.
- Für Großenhain (18):** Der Vertrauensmann Anton Kristen wohnt jetzt Meißner Straße 28.
- Für Hokenheim (8):** Der 1. Bev. Heinr. Kraus wohnt jetzt Ottostraße 7. — Der 2. Bev. Joseph Kagenmeier wohnt jetzt Parkstraße.
- Für Köln (6):** Der 1. Bev. Wilh. Hermann wohnt jetzt Perlengraben 20. — Der 2. Bev. Aug. Michalak wohnt jetzt Krippenstraße 32.
- Für Kistritz:** Der 1. Bev. Fr. Braun wohnt jetzt Plantagenstraße 15.
- Für Paderborn (1):** Der 1. Bev. Otto Madrus wohnt jetzt Auf dem Broof 43. — Der 2. Bev. W. Kochrian wohnt jetzt Rosensstraße 36.
- Für Ratibor:** Der 1. Bev. Rob. Randora wohnt jetzt Volkspfad 6. — Der 2. Bev. Stephan Smuda wohnt jetzt Kirchstraße 14.
- Für Sprotow (5):** Der 1. Bev. Frits Steinkamp wohnt jetzt Nr. 4.
- Für Zeitz (12):** Der 1. Bev. Louis Reupke wohnt jetzt Klosterstraße 1. — Der 2. Bev. Karl Moberow wohnt jetzt Klosterstraße 17, III.
- Für Zirke i. Posen (14):** Der 1. Bev. Theophil Binder wohnt jetzt Kirchenstraße. — Der 2. Bev. Jakob Wielon wohnt jetzt Wäntische.

**Arbeitslosenunterstützung wird ausgezahlt:**

- In **Baffum:** Durch Herm. Stühling, Burgstraße 84.
- In **Greiffenberg:** Durch den 1. Bev. Paul Suchtk, Gerbersstraße 8.
- In **Hokenheim:** Durch Joseph Kagenmeier, Parkstraße.
- In **Kassel:** Durch M. Blewer, Grabenstraße 7. An Wochentagen von 6 bis 7 Uhr abends.
- In **Zeitz:** Durch Karl Moberow, Klosterstraße 17, III.

**Krankenunterstützung wird ausgezahlt:**

- In **Hokenheim:** Durch Joseph Kagenmeier, Parkstraße. Krankenscheine müssen beim Abgeben der Unterstützung vorgezeigt werden.
- In **Zeitz:** Durch Karl Moberow, Klosterstraße 17, III.

**Mitglieder-Versammlungen.**

(Mitglieder, besucht unsere Versammlungen zahlreich!)  
In **Geldern:** Sonntag, den 1. März, vormittags 11<sup>1/2</sup> Uhr, erste Monatsversammlung. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. — Die Mitglieder seien hierauf aufmerksam gemacht und werden gebeten, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.  
S. A.: Der Bevollmächtigte.

**Kassel.** Das Verkehrslokal befindet sich jetzt im Gewerkschaftshaus, Wolfshagenstraße 5/7.

**Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Cabakarbeiter Deutschlands.**

- Geschäftslokal:** Hamburg-Altenwerf, Mozartstraße 5, I.
- Ausschuß:** O. Sidow, Brandenburg a. H., Kurze Straße 3.
- Schiedsgericht:** L. Dechant, Berlin N., Ruppelplatzstraße 24.
- Eingegangen:** Buzgen 150.— Mk., Babbenhausen 40.— Mk., Wittweiba 50.— Mk.
- Sterbekasse:** Hannover 29.67 Mk., Babbenhausen 12.— Mk., Buzgen 38.60 Mk., Schornborn 4.14 Mk., Fenerbach 17.80 Mk.
- Zuschüsse:** Waugen 50.— Mk., Brelg 50.— Mk., Stuttgart 50.— Mk., Hasteit 100.— Mk., Bremen 200.— Mk., Chemnitz 140.— Mk., Magdeburg 100.— Mk., Hünde 75.— Mk., Grimnitzchau 50.— Mk., Dessau 30.— Mk.
- Kranken- und Sterbegebalt:** 126.67 Mk.
- Hamburg, den 17. Februar 1908. P. Otto.**

Die Mitglieder der Sterbekasse H. Karsteb, Nr. 2202, G. Münster, Nr. 2123, J. Mallo und Frau, Nr. 303 u. 304, werden aufgefordert, die Beiträge bis zum 9. März einzusenden, widrigenfalls mit diesem Tage der Ausschluß aus der Kasse erfolgt ist.  
**Der Vorstand.**



## Auf, für das Wahlrecht der Frauen!

Die Regierung Preußens, als Geschäftsführerin des Junkertums, hat natürlich für die Forderung des Frauenwahlrechts nur schweigende Verachtung. Aber auch für die übrigen bürgerlichen Parteien existiert die Frage anscheinend nicht. Niemand hat sie am 10. Januar 1908, am Tage des Senats für den Liberalismus, auch nur mit einer Silbe erwähnt. Für alle war die Forderung der Frauen Lust.

Fürst Bülow begnügte sich mit einem moralischen Fußtritt für die Liberalen. Und diese waren noch dankbar. Sie merkten es nicht einmal, daß die Antwort der Regierung eine auffallende Konzession an das Zentrum erhielt. Für dieses ist der Schmerzenspunkt in der Wahlrechtsfrage der Neuerteilung der Wahlkreise. Durch eine geschickte Wahlkreisgeometrie könnte den Ultramontanen eine Reihe Wahlkreise genommen werden. Deshalb erklärte Abg. Borck auch, das Zentrum habe grundsätzliche Bedenken gegen eine Aenderung der Wahlkreise. Und die Regierung trug den Zentrumswünschen Rechnung. Sie gedachte dieser Forderung in ihrer Antwort überhaupt nicht.

Das Zentrum bezeichnet sich verlogenerweise als Freundin des gleichen Wahlrechts. Dabei ist es „grundsätzlich“ für die bestehende Wahlkreiseinteilung, die vielleicht 3-10 000 Wählern denselben Einfluß gewährt, wie 80-100 000 in anderen Kreisen. Und es will auch die ungerechte Bestimmung nicht aufheben, die dem größeren Teile des Volkes, dem weiblichen Geschlecht, das politische Staatsbürgerrecht überhaupt vorenthält. Trotzdem, es behauptet ungeniert, es kämpfe für das gleiche Wahlrecht.

Die Nationalliberalen sind auch dabei, wenn es heißt: Reform des Wahlrechts! Sie wollen eine Neuerteilung der Wahlkreise. Mandats hunger ist bei ihnen die Quelle dieser Gerechtigkeitsforderung. Das gleiche und geheime Wahlrecht für die Männer bekämpfen sie genau so wie das Frauenwahlrecht überhaupt.

Und die Haltung der Freisinnigen war ein vollständiger Kotau vor den Konservativen. Fand der Abg. Fischel die von Bülow abgegebene Erklärung doch sogar noch erfreulich. Kein Liberaler trat auf, der auch nur ein Wort zugunsten des Frauenwahlrechts gefunden hätte.

In Uebereinstimmung mit dem konservativen Redner, Malkewitz, erklärte Fürst Bülow nachher noch, man werde sich durch Demonstrationen nicht beeinflussen lassen. Wirklich? Der Mut der Herrschaften stützt sich auf Gewalt, auf die bewaffnete Macht. Die Frauen wissen nun, wie sie ihre Söhne zu erziehen haben. Jedenfalls werden sie durch die Großsprecheren der konservativen Regierung und deren Regierungsvertreter sich nicht davon abhalten lassen, weiter und mit verstärkter Energie für das Frauenwahlrecht zu demonstrieren. Auch Friedrich Wilhelm IV. hatte ein herbes „Nein“ für die Forderung des Volkes und doch mußte er vor den Opfern der Gewaltpolitik demütig das Haupt entblößen. Der eisenstarke Bismarck wollte mit dem Terrorismus des Sozialistengesetzes die Sozialdemokratie bezwingen — und er wurde durch sie bezwungen.

Das preussische Junkertum hat einst durch seine Raffgier und Herrschucht das Land verwüstet, es zum Spielball des Auslandes gemacht, das Volk in Not und Elend gestürzt. Sein heutiges Verhalten zeigt, daß es noch um kein Jota besser geworden ist. Und es ist Demonstrationen gegen die offizielle Regierung und die Krone nicht immer abgeneigt, wie seine — erfolgreiche Opposition gegen den Mittelstand bewiesen hat. Aber es glaubt, das Volk durch Frechheit und Hohn von dem Kampfe für sein Recht abhalten zu können. Es irrt! Und drängt die Reaktion noch so sehr: das allgemeine gleiche und geheime Wahlrecht — auch für die Frauen — wird doch erobert!

## Die Tabakindustrie in den Vereinigten Staaten.

In den Vereinigten Staaten von Amerika wurde im Jahre 1905 eine Industriezählung vorgenommen, deren Ergebnisse nun veröffentlicht werden. Eines der letzten Hefte des amtlichen Berichts behandelt die Tabakindustrie; die wichtigsten darin enthaltenen Angaben sollen hier kurz angeführt werden. Vorher ist jedoch zu erwähnen, daß sich die amerikanischen Industriezählungen in mancher Hinsicht von den deutschen Betriebszählungen unterscheiden, und zwar vor allem durch die Erhebung produktionsstatistischer Daten. Es liegt auf der Hand, daß hierbei die Erteilung unrichtiger Auskünfte nicht ganz vermieden werden kann. Doch sind den Beamten des Zählungsamtes (Bureau of the Census) weitgehende Befugnisse eingeräumt, die ihnen ermöglichen, in alle Geschäftsbücher, Lohnlisten und sonstigen Aufzeichnungen der Betriebsinhaber Einsicht zu nehmen, so daß sie instande sind, die Auskünfte selbst nachzuprüfen. Die Zählungseinheit bildet nicht der Betrieb, sondern die Unternehmung. Als Unternehmung ist ein Betrieb oder auch eine Mehrzahl von Betrieben zu verstehen, wenn sie das Eigentum einer Person oder Gesellschaft sind, wenn sie in demselben Orte oder derselben Grafschaft liegen und wenn sie sich mit der Erzeugung von Produkten derselben Industrie befassen. — Vergleicht man die Ergebnisse der Industriezählung von 1905 mit den Ergebnissen der vorhergehenden Industriezählung von 1900 — wobei die sogenannte Nachbarschaftsindustrie und die Kleinen nur für die unmittelbaren Konsumenten arbeitenden Kundbetriebe ausgeschlossen sind — läßt sich ein bemerkenswerter industrieller Fortschritt erkennen. Die Unternehmungen vermehrten sich von 207 562 1900 auf 216 262 1905 (Zunahme 4,2 Proz.), das investierte Kapital stieg aber von 8978,8 Millionen auf 12 686,3 Millionen Dollar oder

um 41,3 Proz. Sehr bedeutend war die Zunahme der Angestellten von 364 202 1900 auf 519 751 1905 (42,7 Prozent), und die Steigerung der Jahressumme ihrer Gehälter von 380,9 Millionen auf 574,8 Millionen Dollar (50,9 Proz.), während sich die Zahl der Lohnarbeiter in derselben Zeit von 4 715 023 auf 5 470 321 oder um 16 Prozent vermehrte; deren Lohnsumme betrug 1900 2009,7 Millionen, 1905 2611,5 Millionen Dollar (Zunahme 29,9 Prozent). Die Kosten der verwendeten Materialien stiegen von 6577,6 Millionen auf 8503,9 Millionen Dollar (um 29,3 Proz.), die verschiedenen Ausgaben von 905,6 Millionen auf 1455 Millionen Dollar (um 60,7 Proz.). Der Jahresproduktwert stieg von 11 411,1 Millionen auf 14 802,1 Millionen Dollar oder um 29,7 Proz.

Die Zahl der Unternehmungen in der Tabakindustrie vermehrte sich von 14 959 im Jahre 1900 auf 16 828 im Jahre 1905 (12,5 Proz.), das in diesen Unternehmungen angelegte Kapital war 1905 fast dreimal so hoch als 1900 (324 gegen 111,5 Mill. Doll.). Die Angestellten nahmen im Laufe der 5 Jahre von 7836 auf 9236 zu (17,9 Proz.), die Lohnarbeiter von 132 526 auf 159 408 (20,3 Proz.). Die Tabakindustrie ist eine der wenigen Industrien, in welchen sich seit 1900 die Zahl der Arbeiter verhältnismäßig erheblich vermehrte, als die Zahl der Angestellten. Für Gehälter wurden im letzten Betriebszählungsjahre 8,8 Millionen Dollar ausgegeben (8,6 Millionen Dollar 1900; Steigerung 2,4 Proz.), für Löhne 62,6 Millionen Dollar (48 Millionen Dollar 1900; Steigerung 30,6 Proz.). Da die Lohnsumme rascher stieg, als die Zahl der Arbeiter, so darf man daraus auch auf eine Besserung der individuellen Arbeitslöhne schließen, obwohl die Angaben der Industriestatistik für eine Beurteilung der tatsächlichen Lohnhöhe unbrauchbar sind, weil Einzelheiten über die Verteilung der Lohnsumme auf die verschiedenen Arbeiterkategorien und über die durchschnittliche Zahl der Arbeitstage jeder Arbeiterkategorie fehlen. Die Kosten der verwendeten Materialien, einschließlich der Frachtkosten, beliefen sich 1905 auf 126,1 Millionen Dollar (1900 92,9 Millionen Dollar; Steigerung 35,8 Prozent), für verschiedene Zwecke verausgabten die Unternehmungen der Tabakindustrie im Jahre 1905 80,1 Millionen Dollar (1900 78,9 Millionen Dollar; Steigerung 1,6 Prozent). Der Wert der erzeugten Waren stieg in derselben Zeit von 263,7 Millionen auf 331,1 Millionen Dollar oder um 25,6 Prozent.

Von den einzelnen Zweigen der Tabakindustrie ist die Zigaretten- und Zigarettenfabrikation weitaus am umfangreichsten und wichtigsten; das veranschaulicht die folgende Tabelle, die auf 1905 Bezug hat.

	Zigaretten- und Zigarettenfabrikation		Andere Zweige der Tabakindustrie	
	Zahl	Werte in Dollars (à 25 Mt.)	Zahl	Werte in Dollars (à 25 Mt.)
Unternehmungen	16 395	145 135 945	493	178 847 556
Angestellte	7 129	6 343 682	2 107	2 456 752
Lohnarbeiter	135 418	55 864 978	23 990	6 775 325
Arbeiter über 16 Jahre alt	72 970	81 134 561	12 721	44 954 047
Arbeiterinnen über 16 Jahre alt	57 174	41 591 222	9 127	33 553 794
Kinder	5 274	214 350 051	2 142	116 767 630
Angelagtes Kapital		145 135 945		178 847 556
Jahressumme der Gehälter		6 343 682		2 456 752
„ Löhne		55 864 978		6 775 325
Materialkosten		81 134 561		44 954 047
Andere Ausgaben		41 591 222		33 553 794
Jahresproduktwert		214 350 051		116 767 630

Auf die Zigaretten- und Zigarettenfabrikation entfielen von der Gesamtzahl der Unternehmungen 97,4 Proz., von den Angestellten 77,2 Proz., von den Lohnarbeitern 85 Prozent, vom Wert der Jahresproduktion 64,7 Proz. Der Wert der Jahresproduktion verteilte sich 1905 wie nachstehend angegeben: Zigaretten 198,2 Millionen Dollar, Zigaretten 16,3 Millionen Dollar, Rauch- und Rauchtobak 110,1 Millionen Dollar, Schnupftabak 6,5 Millionen Dollar, andere Produkte 12 341 Dollar.

Von dem Werte der verwendeten Materialien entfielen auf:

	Zigaretten- und Zigarettenfabrikation		Andere Zweige der Tabakindustrie	
	Dollars	Proz.	Dollars	Proz.
Rohmaterial	69 291 011	85,4	31 347 252	69,7
Halbfabrikate	11 073 719	13,7	12 943 784	28,8
Feuerung	324 996	0,4	444 243	1,0
Miete von Antriebskraft etc.	117 761	0,1	26 144	0,1
Frachten	327 074	0,4	192 621	0,4
Zusammen:	81 134 561	100,0	44 954 047	100,0

Von den Zigaretten- und Zigarettenfabriken verwendeten 325 motorische Antriebskraft von insgesamt 6862 Pferdestärken, und zwar 94 Dampfmaschinen mit 4087, 52 Gas-, Gasolinmotore mit 411, 3 Wasserräder mit 3, 351 Elektromotore mit 2181, und übertragene Kraft (andere als elektrische) von 180 Pferdestärken. In den übrigen Zweigen der Tabakindustrie verwendeten 229 Unternehmungen motorische Antriebskraft von 22316 Pferdestärken, nämlich 251 Dampfmaschinen mit 16 068, 14 Gas- und Gasolinmotore mit 182, 9 Wasserräder mit 244, 1 Wassermotor mit 10, 419 Elektromotore mit 4334, und andere Motore sowie übertragene (andere als elektrische) Kraft von 1478 Pferdestärken.

Die Zigaretten- und Zigarettenindustrie ist in jedem Bundesstaat und Territorium der nordamerikanischen Union vertreten; im Territorium Alaska befindet sich allerdings bloß eine Unternehmung. Die Zahl der Unternehmungen ging seit 1900 zurück: In Delaware, Maryland, im Distrikt Kolumbien und in Missouri; in Nord-Karolina blieb sie unverändert, während sie in allen anderen Staaten zunahm. Die größte Zahl der Unternehmungen der Zigaretten- und Zigarettenindustrie weist der Staat New York auf, und zwar 3475 (1900 3055) mit 32 989 Lohnarbeitern (1900 26 051); dann folgen die Staaten Pennsylvania mit 2774 Unternehmungen (1900 2664) und 30 320 Arbeitern

(1900 25 045), Illinois mit 1788 Unternehmungen (1900 1489) und 6675 Arbeitern (1900 5221), Ohio mit 1311 Unternehmungen (1900 1129) und 10 175 Arbeitern (1900 9046). In keinem anderen Staat befanden sich 1905 über 1000 Zigaretten- und Zigarettenfabriken. Doch waren in den 208 Unternehmungen im Staat Florida 9657 Arbeiter beschäftigt (1900 127 Unternehmungen mit 6370 Arbeitern), in den 696 Unternehmungen im Staat Michigan 5491 Arbeiter (1900 599 Unternehmungen mit 4109 Arbeitern) und in den 544 Unternehmungen des Staates New-Jersey 6073 Arbeiter (1900 486 Unternehmungen mit 1640 Arbeitern). In jedem anderen Staat waren 1905 weniger als 5000 Zigaretten- und Zigarettenarbeiter beschäftigt.

Die Rauch-, Rau- und Schnupftabakindustrie ist vorwiegend in den südatlantischen Staaten vertreten (1905 98 Unternehmungen mit 11 645 Arbeitern, 1900 158 Unternehmungen mit 14 784 Arbeitern), ferner in den nördlichen Zentralstaaten (1905 118 Unternehmungen mit 6793 Arbeitern, 1900 103 Unternehmungen mit 7008 Arbeitern). — In der Rauch-, Rau- und Schnupftabakindustrie herrschen die Großbetriebe vor (durchschnittlich 55 Arbeiter per Unternehmung), in der Zigaretten- und Zigarettenindustrie die Kleinbetriebe (durchschnittlich 8 Arbeiter per Unternehmung). In dem amtlichen Bericht ist bedauerlicherweise die Verteilung der Unternehmungen nach Größenklassen nicht dargestellt.

## Gewerkschaftliches.

**Mitglieder, die in einem andern Orte in Arbeit zu treten gedenken, haben sich vorher an den zuständigen Bevollmächtigten zu wenden, ehe sie die Arbeit annehmen.**

**Fastrow.** Die hier eingeleitete Lohnbewegung hatte den Erfolg, daß bei der Firma E. Freund u. Sally Simon durch Verhandlung mit den Bevollmächtigten und des Gauleiters eine Lohnzulage erzielt wurde. Die Roller erhielten eine solche von 25 bis 50 Pfg. und die Wickelmacher eine solche von bis 20 Pfg. Obgleich diese Zulagen gering sind, haben sich die Arbeiter leider damit einverstanden erklärt. Dagegen hatte eine Verhandlung mit der Firma Th. Wegner zu keinem Resultat geführt und haben die Arbeiter dieser Firma die Kündigung eingereicht.

**Kreuzburg.** Bei der Firma Albrecht u. Schmidt, Sitz Hamburg, sind Differenzen ausgebrochen. Die Firma maßregelte fünf Arbeiter.

**Minden i. Westf.** Bei der Firma F. S. Ziegenhein in Minden, Besenkamp und Siddenhausen dauert der Streik fort.

**Goslar a. S.** Die Firma Louis Hoppe entließ zuerst sämtliche Arbeiter und hat davon einige wieder eingestellt, die sich ihrem Willen mehr beugen. Es ist hier ein direkter Lohnabzug vorgenommen worden und deshalb befinden sich die entlassenen Arbeiter in einem Abwehrstreik. Kein Mitglied darf für die Firma arbeiten.

**Seehausen (Altmarkt).** Ueber den Betrieb Siebert ist die Sperre verhängt.

**Neumarkt.** Ueber die Firma Birke ist die Sperre verhängt worden.

Kollegen, meidet alle Betriebe, in welchen Differenzen bestehen.

**Claustraal.** Nachdem die Firma Kenede ihren Arbeitern eine Lohnzulage gewährt hatte, fand sich auch die Firma M. G. Denker bereit, in ähnlicher Weise zu handeln. Der Rollerlohn wurde um 30 Pfg. pro Mille erhöht.

**Oberhausen.** Die Sperre über die Firma Albracht in Oberhausen ist aufgehoben.

**Neudamm.** Der Streik bei der Firma M. Fleisch hier, dauert unverändert fort. Zugang ist fernzuhalten.

**Vom Werkmeisterverband.** Der Deutsche Werkmeisterverband (Sitz Düsseldorf) hat im Jahre 1907 mehr als eine Million Mark für Unterstützungen ausbezahlt. Davon entfielen rund 675 000 Mk. auf Todesfälle, 204 000 Mark erhielten die Witwen als Unterstützungen, 143 000 Mark die bedürftigen, invaliden und kranken Mitglieder. Für Brandschäden wurden 23 000 Mk. aufgewendet. Das Vermögen stieg auf rund 9¼ Mill. Mark. Seit Gründung des Verbandes (1884) betragen Vermögen und Leistungen bis Ende 1907 rund 21 Mill. Mark. Zurzeit zählt der Verband rund 47 000 Mitglieder. Etwa 3500 Betriebsbeamte meldeten sich im Jahre 1907 zur Aufnahme. Im verflossenen Jahre wurde eine Milderung des Lohnbeschlagnahmengesetzes erstrebt, da dieses in seiner jetzigen Form die Privatangestellten außerordentlich schwer trifft. Ferner sind noch hervorzuheben Kundgebungen zur Pensionsversicherung, zum Ausbau der Vergesetze der einzelnen Bundesstaaten, zur Beseitigung der Konkurrenzklause, zur Ausdehnung des Scheid- und Ueberweisungsverkehrs und zur Vertretung der Angestellten in amtlichen Körperschaften. Außerdem wurde eine Starbank gegründet, der vom Bundesrat die Reichs-stempelsteuer erlassen wurde.

## Haftung der Gewerkschaftskassen beim Boykott.

Polizei, Strafgerichte, und seit einiger Zeit auch die Zivilgerichte müssen den Unternehmern den Kampf gegen die Gewerkschaften führen helfen. In einigen Industriezweigen, Nahrungs- und Bekleidungsindustrie, ebenso im Handel können die Gewerkschaften den Boykott als ein gut wirkendes Mittel anwenden, um der Anerkennung ihrer Forderungen etwas Nachdruck zu verleihen. Das mag für die Unternehmer unangenehm sein, aber der Boykott

\* Census of Manufactures, 1905: „Tobacco“. Bureau of the Census. Bull. 87. Washington, 1907. 33 S. 4.

ff doch ein bürgerliches Kampfmittel, das die Unternehmer tagaus tagaus anwenden, um außenstehende Kollegen in ihre Verbände zu zwingen. Wenden die Gewerkschaften das Mittel an, dann ist Holland in Not. Da auf dem Wege des Strafrechts gegen den Boykott nicht viel zu machen ist, versucht man es auf dem des Zivilrechts, indem man gegen die Gewerkschaften auf Schadenersatz klagt. Allerdings ein bequemer Ausweg. Es gibt denn auch in der Tat Gerichte, die sich dieser hehren Aufgabe gewachsen zeigen. Erst in neuerer Zeit hat die 2. Zivilkammer des Landgerichts I in Berlin in einem solchen Prozeß ein Urteil zugunsten eines während des letzten Bäckerstreiks boykottierten Unternehmers gefällt. Im ersten Prozeß hat das Reichsgericht den Schadenersatzanspruch gegen den Verband dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärt. Ueber die Höhe hatte nun das Berliner Landgericht zu befinden. Nach dem Gutachten des vom Polizeipräsidenten vernommenen Sachverständigen betrug der Schaden 7300 Mk.

Nach den Ermittlungen des gerichtlichen Bücherrevisors wurden 1904 in dem Hauptgeschäft des Klägers circa 23 000 Mk. vereinnahmt, während die Einnahmen im Jahre 1905 auf 16 000 und im Jahre 1906 auf 15 000 Mk. zurückgingen. Das Gericht hat mit den Sachverständigen angenommen, daß bei diesem Verträge kein Gewinn mehr aus dem Geschäft zu erzielen war, und für den Ausfall an Verdienst die Beklagten dem Kläger einstehen müssen. Sie müßten ihm auch den Betrag ersetzen, um den der Verkaufswert des Geschäfts gesunken sei, das früher mit 4500 Mark bewertet war und für 2200 Mk. verkauft werden mußte. Das Gericht führt aus, daß der ermittelte Schaden auf 7300 Mk. zu beziffern sei und den geforderten Betrag von 6000 Mk. übersteige. Den Einwand der Fälschung der Bücher (um Unterlagen für den Prozeß zu schaffen) hat das Gericht zurückgewiesen. Ebenso wird es als hinfällig bezeichnet, daß die Mindereinnahmen in den Jahren 1905 und 1906 eine Folge des allgemeinen Bäckerboykotts in Berlin gewesen seien. Ein Boykott, so sagt das Gericht in Uebereinstimmung mit den Sachverständigen, „ber über alle Bäckereien verhängt würde, könne einen Schaden kaum anrichten“. Es wird als richtig angesehen, daß gerade der Einzelboykott, der sich auf den Kläger bezog, diesem den erheblichen Schaden zugefügt habe. Den Beweis, die Mindereinnahme auf Herstellung schlechter Backwaren und absichtlicher Vernachlässigung des Geschäftszweigs zurückzuführen, sieht das Gericht als nicht gegliückt an. Der Hinweis der Beklagten, daß der Rückgang auf die allgemeine Forderung zurückzuführen sei, wird nicht als stichhaltig anerkannt, da die andern Lebensmittel in gleicher Weise im Preise gestiegen seien, und weil der Konsum von Backwaren keine Verminderung erfahren habe.

Alle Einwände der Beklagten werden vom Gericht als unerblicklich angesehen und man weist sie zurück, hingegen sind die Angaben der „Sachverständigen“ selbstverständlich die richtige Unterlage für das Urteil. Die Parallele dazu wäre nun, die Klagen der ausgesperrten und auf schwarze Listen gesetzten Arbeiter nicht gegen einzelne Unternehmer, sondern gegen die Unternehmerverbände zu richten.

Daß der Schadenersatz auch darauf ausgedehnt wurde, daß das Geschäft im Werte gesunken sei und billiger verkauft werden mußte, dürfte dem Urteil keinen sicheren Stützpunkt gegen eine etwaige Revision sein. Das ist nun nicht der einzige Schadenersatzprozeß gegen den Bäckergehilfenverband, es schweben noch zwei. In dem einen beantragt ein angeblich geschädigter Bäcker, „meister“ nicht weniger als 10 000 Mk. Schadenersatz. Auch Unternehmer anderer Verufe gehen nun in dieser Weise gegen die Gewerkschaften vor. So hat der Inhaber des Landsdorfschen Warenhauses gegen den Handels- und Transportarbeiterverband und eine Konfektionsfirma gegen den Verband der Schneider eine Schadenersatzklage angestrengt.

Nach alledem scheint System hineinzu kommen, den Boykott durch Schadenersatzklagen unwirksam zu machen. Die Gewerkschaften werden gut tun, sich einmal gründlich mit diesem Kampfmittel der Unternehmer zu beschäftigen.

## Berichte.

**Barntrup.** Am 10. Februar fand hier eine Mitgliederversammlung statt, welche nur mäßig besucht war. Kollege Besch hielt einen Vortrag über: Die gewerkschaftlichen und politischen Aufgaben des Arbeiters. In klaren Worten führte er den Kollegen vor Augen, daß es nicht nur Pflicht eines denkenden Arbeiters ist, sich gewerkschaftlich zu organisieren, sondern daß es vor allem daran liegt, uns das auf gewerkschaftlichem Gebiete Errungene zu sichern. Er forderte die Anwesenden auf, den hiesigen Ortsverein durch Beitritt zu stärken. Mehrere Weisfall löbte den Redner für seine Ausführungen. Nachdem die Quartalsabrechnung sowie die Rechnung vom Stiftungsfest vorgelesen war, kritisierten unter Verschiedenes einige Kollegen das unsolidarische Verhalten einzelner Mitglieder, die den Umgang mit verschiedenen Arbeitswilligen nicht vermeiden, trotzdem dieselben vor kurzer Zeit der organisierten Arbeiterschaft in den Rücken fielen. Hierzu bemerkte Kollege Besch, daß es der Ortsverwaltung zwar gelungen sei, einige der Arbeitswilligen für die Organisation zu gewinnen, aber bei den uns jetzt noch Feristehenden sei alle Mühe vergebens. Ein Antrag des Kollegen Kröger, betreffend die Auszahlung der Unterstützung an durchreisende Mitglieder, wurde einstimmig angenommen.

**Frankfurt a. M.** Wir eruchen alle Zigarettenarbeiter Deutschlands, bei der Firma B. & C. u. Co., Frankfurt a. M. oder Karlsruhe nicht in Arbeit zu treten, da dieselbe tarifmäßig ist und die Löhne kürzen will. Der Direktor der Firma hat erklärt, für Flach nur 3 Mark, statt wie bisher 4.50 Mark, bezahlen zu wollen. Ebenso möchten wir die Kollegen warnen vor Arbeitsangeboten seitens einer Firma Medina, Zigarettenfabrik, Frankfurt a. M. Dieselbe hat sich hier neu aufgetan und versucht, die Löhne um 30 bis 40 Prozent herabzubringen. Hier gibt es einen Mindestlohn von 3.25 Mark für rund, 3.50 Mark m/m und Gold und für Flach 4 Mark ohne Gold, 4.50 Mark mit Gold. Die Firma Medina bietet 1.80 bis 2 Mark für rund und m/m und für Flach 2.40—3 Mark.

Die Ortsverwaltung.

**Gardelegen.** In unserm in der Altmark gelegenen kleinen Städtchen Gardelegen ist es uns durch rege Anteilnahme der hiesigen Kollegenschaft sowohl, wie zweimächtige Arbeit des Gauleiters gelungen, eine Zählstelle zu gründen. Trotz der wenigen Zigarrenarbeiter am Orte ist die Mehrzahl derselben in unsere Reihen eingetreten, und hoffen wir, daß sich auch die uns noch fernstehenden Kollegen und Kolleginnen anschließen, und dadurch mit helfen, daß sich auch die materielle Lage der Tabakarbeiter Gardelegens einmal bessert; denn nur Einigkeit und fester Zusammenschluß macht stark.

**Hamburg.** Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus am 9. Februar. Die Abrechnung vom 4. Quartal wird verlesen und dem Kassierer Dechare erteilt. Beim Jahresbericht hebt Sander hervor, daß die durchschnittliche Mitgliederzahl 750 betrage, die Steigerung vom 1. Quartal bis zum Schluß des 4. Quartals sei 93 Mitglieder. Bei einer Umfrage über die Parteizugehörigkeit und das Echo-Abonnement gingen 705 Ant-

worten ein, 626 von männlichen und 79 von weiblichen Mitgliedern. Der Partei gehörten an 359 männliche und 29 weibliche; das Echo abonnierten 423 männliche, 50 weibliche Mitglieder, welche die Frage des Abnommentes mit ja beantworteten, wurden nicht mit aufgeführt, da anzunehmen ist, daß deren Männer resp. Väter schon als Abonnenten gezählt sind. In der Diskussion wurde herbegehoben, daß dies gerade keine glänzenden Resultate seien. Insbesondere müßten die Frauen veranlaßt werden, Abonnenten der Gleichheit zu werden. Den Kartellbericht erstattet Quast. Er erwähnt die Versammlung, die sich mit der drohenden Krise befaßt habe und die wegen des Kampfes der Konsumvereine mit dem Verband für Markenartikel, sodann fordert er zum Besuch der Fortbildungsschule auf und empfiehlt die Jugendorganisation. Auch sei die Bildung einer Lehrlingskommission beschlossen worden. Thieme und Förster verbreiten sich über die einzelnen Punkte. Bei den Wahlen wurden Sander als erster, Gorges als zweiter und Ruhleder als dritter Bevollmächtigter, Zwerner, Ausborn und Horn als Kontrollreure, Thieme und Quast als Kartellbelegierte wiedergewählt. Ein Antrag der Verwaltung, dem Hamburger Voten als Provisorium einen Zuschuß von 4 Mk. pro Woche zu gewähren, wird mit einem Zusatzantrag, dieses mit rückwirkender Kraft ab 1. Oktober 1907 auszugestalten, angenommen. Hörmann wünscht, daß man einmal über die Frage des Zusammenschlusses der Zählstellen des hiesigen Städtekomplexes diskutiere, hebt aber in seinen Ausführungen die Dezentralisation der Arbeitsnachweise hervor. Krausch, Sander und Thieme treten für die Verschmelzung ein, halten es aber für unbedingt notwendig, daß auch die Arbeitsnachweise zusammen beschmolzen werden. Letzterer führt aus, daß doch für den Arbeitssuchenden es nur zum Vorteil sein könnte, wenn sie den gesamten Arbeitsmarkt übersehen und ihnen sämtliche Forderungen, die frei sind, vorgelegt werden könnten. Auch sei für den Arbeitsnachweisleiter eine bessere Kontrolle der für die Arbeiten gezahlten Löhne geboten. Eine Bezirkserteilung brauchten wir nicht erst einzuführen, da wir ja die Fabriksorganisation ausbauen könnten. Förster hält die Zentralisation für das wichtigste, jedoch müsse der Boden dafür vorhanden sein. Die Dezentralisation könne wohl bei guter Verwaltung ganz respektable Leistungen erzielen, jedoch müsse man im Interesse der Allgemeinheit der Zentralisation das Wort reden. Gadelberg schießt sich im allgemeinen den gemachten Ausführungen an und betont, daß dem Schriftführer der Altonaer Versammlung ein Verstum unterlaufen sein müßte, da ihn dieser gerade das Gegenteil habe sagen lassen. Nachdem Hörmann noch den Wunsch ausdrückt, daß in Wälde etwas in oben ausgeführter Richtung geschehen möge, findet die Versammlung ihren Schluß.

**Holsen.** Am 9. Februar fand unsere Quartalsversammlung statt. Die Abrechnung vom 4. Quartal wurde von den Revisoren geprüft und für richtig befunden. Ein recht trauriges Bild mußten wir leider von Holsen berichten. In hiesiger Gegend gibt es doch nur Tabakarbeiter, von denen nur ein kleiner Teil organisiert ist. Warum können wir hier auch kein passendes Lokal erhalten, um gemeinschaftlich über unsere traurige Lage zu beraten? Nur wegen unsern, uns fernstehenden, dem Verbands noch nicht beigetretenen Kollegen. Kollegen! Die Zeit wird bald kommen, daß Ihr das Unrecht einseht, was Ihr bisher verschuldet habt. Jüngst freute sich einer unserer größten Fabrikanten, daß seine Sache so gut im Süden eingeschlagen habe. Hieraus könnt Ihr sehen, Kollegen, daß wir den hiesigen Kapitalfabrikanten auf dem Wagen sitzen, so daß sie ihre Ausbreitung drüben ins Werk setzen wollen. Darum, Kollegen, hinein in den Deutschen Tabakarbeiterverband! Das ist Euer Rettung in der Not. Denn wenn die Zeit kommt, wo wir Hilfe haben müssen, sind es nicht die Fabrikanten mit ihren schönen Versprechungen, sondern der Deutsche Tabakarbeiterverband, der uns aus unserer traurigen Lage befreit.

**Köln a. Rh.** Am 10. Februar fand im Volkshaufe eine ziemlich besuchte Versammlung der hiesigen Zählstelle statt. Nach erfolgter Verlesung der Abrechnung und Dechargeerteilung wurden die in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten gewählt, und zwar als 1. Bevollmächtigter Wilh. Herrmann, als 2. Bevollmächtigter Aug. Michalak, als 3. Bevollmächtigter G. Bodart; als Revisoren P. Gerden, Aug. Jähföer und als Kartellbelegierter Gerden. Es sei hierbei darauf hingewiesen, daß die Zusammensetzung der Ortsverwaltung oft auf Schwierigkeiten stößt, durch die Ausrede vieler Mitglieder bei einer eventuellen Wahl: „Ich kann das nicht.“ Es liegt im Interesse der Mitglieder selbst, dasjenige, was sie nicht können, zu erlernen. Es ist einer gesunden Entwicklung des Verbandes förderlich, wenn die Zahl derer, die mit den inneren Geschäften der Zählstellen vertraut sind, immer größer wird. Mehrere Beschwerden von Arbeitern der Firma Wild fanden dahin ihre Erledigung, daß die Kollegen Herrmann und Bodart bei der Firma vorstellig werden sollen. Mehrere Aufnahmen waren zu verzeichnen. Es ist nun Aufgabe aller Mitglieder, die neugewählten Bevollmächtigten zu unterstützen in ihrem Bestreben, eine tatkräftige Agitation unter den hiesigen Tabakarbeitern und Arbeiterinnen zu entfalten. Es ist Pflicht aller Organisierten, bei jeder Gelegenheit die Unorganisierten aufzurütteln.

**Neudamm.** Am 15. Februar tagte im Restaurant P. Schäfer hier eine außerordentliche Tabakarbeiterversammlung, zu welcher als Referent Kollege Rosenthal-Berlin erschienen war. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Streik bei der Firma W. Fleisch hier selbst; 2. Verschiedenes. Kollege Rosenthal schilderte in ausführlicher Weise das Verhalten der Firma, zu welchen Mitteln sie greift, um Uneinigkeit in die Reihen der Arbeiter zu bringen und einzelne zum Streikbruch zu bewegen. Wir werden nur zwei Fälle den Kollegen Deutschlands vor Augen führen, in welchen der Herr seinen Arbeitern mit gerichtlichen Vorgehen droht. Als am 9. Februar ein Kollege zufällig in eine Aneipe kam, traf er mit den Herren Chefs zusammen, welche ihn gleich zu einem Glase Bier und Schnaps einluden. Der Hauptzweck bestand darin, den Kollegen zum Streikbruch zu überreden. Es gelang auch, ihm das Wort abzunehmen, die Arbeit aufzunehmen. Als nun am Montag der Kollege nicht zur Arbeit erschienen war, drohte man ihm mittelst Brief, falls er nicht sofort die Arbeit aufnehme, wolle man gerichtlich vorgehen. Ein zweiter Fall. Ein Sortiererlehrling, der an keinen Vertrag gebunden ist, konnte es mit seinem Gefühl nicht vereinbaren, dort zu arbeiten und schloß sich unsern Reihen an; diesem drohte man sogar mit der Staatsanwaltschaft, wenn er nicht sofort die Arbeit aufnehme. Daß es Herrn Fleisch weh tut, wenn die Lehrlinge abgehen, wollen wir glauben, da sie ihm ungefähr wöchentlich 20 bis 25 Mark verdienen und er ihnen nur 3.50 Mark an Lohn bezahlt. In diesen Fällen hat der Kollege Rosenthal der Versammlung genügende Aufklärung zuteil werden lassen. Kollege Rosenthal erwähnte zum Schluß der Versammlung die Kollegen und Kolleginnen zu einem weiteren und einigen Zusammenhalten, wie es bisher gewesen ist, und schilderte die traurigen Verhältnisse, welche entstehen würden, wenn wir ohne Sieg in das alte Joch zurückkehren müßten.

**Pantow.** Eine gut besuchte Tabakarbeiterversammlung tagte am 29. Januar im Feldschlößchen zu Pantow, um Protest einzulegen gegen die die Tabakindustrie aufs neue bedrohende Steuer. Die Referentin, Genossin C. Ehrer, verstand es, in 1½stündigen Ausführungen den Anwesenden die Folgen der immerwährenden Beunruhigungen der Tabakindustrie durch die Steuerprojekte der Regierung klar vor Augen zu führen. Alle Steuerprojekte seit dem Jahre 1856 durchgehend, ging die Referentin auf die ungeheuerlichen Folgen der Tabaksteuer von 1879 und der Zigarettenbanderolesteuer ein und forderte zu energischem Protest durch Eintritt der größtenteils unorganisierten anwesenden Arbeiter in den Deutschen Tabakarbeiterverband auf. Eine Protestresolution wurde nach kurzer Diskussion, an der sich

die Kollegen Berg, Matzke und Krumnow beteiligten, einstimmig angenommen. Eine größere Anzahl der anwesenden Kolleginnen von den bis jetzt fast unorganisierten in der Zigarrenfabrik Paul Juhl leistete der Aufforderung der Referentin zum Eintritt in die Organisation Folge.

**Peterswaldau.** Am 9. Februar tagte hier eine Zählstellenversammlung. Nach Verlesung der Abrechnung gab Kollege Künze den Jahresbericht. Die Einnahmen einschließlich des Zuschusses von 730 Mk. betragen 2235.41 Mk. Folgende Ausgaben sind zu verzeichnen: für Streif 729.03 Mk., für Krankengeld in 26 Fällen 283.50 Mk., für Wöchnerinnen 72.80 Mk., an den Vorstand gefandt 465 Mk. Die Mitgliederzahl betrug Anfang 1907 45, eingetreten und zugereist sind 13, ausgetreten und abgereist 20. Der Mitgliederbestand beträgt am Schluß des Quartals 37. Wenn wir die Mitglieder auf obige Zahlen verweisen, so können wir mit Recht behaupten, daß die hiesige Zählstelle mit ihrer Leistung zufrieden sein kann. Besonders aber den Nichtorganisierten gilt dieser Jahresbericht, um ihnen einen Einblick zu geben und welchen Wert die Organisation besitzt; daß besonders jetzt, wo die Regierung mit neuen Steuerplänen die Tabakindustrie beunruhigt, eine starke Organisation nötig ist, sollten die Tabakarbeiter längst erkannt haben. Es müßte eigentlich schon genügen, wenn angeführt wird, daß bei der Zentralorganisation der Unternehmer die angemeldete Mitgliederzahl der Einzelverbände aus Tabakindustriellen besteht. Das sollten sich die hiesigen Tabakarbeiter merken und sie veranlassen, dem Deutschen Tabakarbeiterverbande beizutreten. Aber auch an die Mitglieder möchten wir die Mahnung richten, sich zahlreicher in den Versammlungen einzufinden, was unbedingt notwendig ist, denn wie die heutige Versammlung bewies, mußte die Vorstandswahl für die nächste Versammlung zurückgestellt werden, wegen zu geringen Besuchs. Hoffentlich kommt das nicht mehr vor.

## An die Vorkände der Krankenkassen sowie deren Vereinigungen im Deutschen Reiche.

Auf Grund des Beschlusses der Reichskonferenz der Krankenkassen-Vereinigungen Deutschlands vom 26. Januar 1908 berufen wir hiermit den IV. allgemeinen Kongreß der Krankenkassen Deutschlands zum Montag, den 11., und Dienstag, den 12. Mai 1908, vormittags um 10 Uhr, nach Berlin in den Germania-Prachtsälen (Großer Saal), Chausseest. 110, ein. Tagesordnung: 1. Die Bestrebungen zur Reform der Arbeiterversicherung. Referent: Herr G. Bauer, Berlin. 2. Die Bedeutung der Selbstverwaltung der Krankenkassen und deren Erwerbung. Referent: Herr N. Kohn, Berlin. Zu diesem Kongreß werden alle Orts-, Betriebs-, Fabrik-, Innungs-, Knappschafts- und freie Hilfskassen Deutschlands hierdurch eingeladen. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß auch die Krankenkassenvorstände die Notwendigkeit des Kongresses einsehen werden, da es gilt, der Regierung unsere Wünsche gemeinsam zu erkennen zu geben. Wir ersuchen daher alle Vorkände genannter Krankenkassen, unverzüglich Stellung zu nehmen, Delegierte zu wählen und den Kongreß zu bescheiden. Wo mehrere Kassen an einem Orte sind, können diese auch gemeinsam zu der Bescheidung des Kongresses Stellung nehmen. Die Kosten für die Bescheidung trägt jede Kasse resp. Kassen-Vereinigung. Der Kongreßbeitrag beträgt für jeden Teilnehmer 5 Mk. Dieser Betrag ist vorher bei der Anmeldung zum Kongreß an die unterzeichnete Adresse einzulenden, wonach jeder Gemeldete die Kongreßmitgliedskarte zugestellt erhält. Es ist daher notwendig, daß jeder Delegierte seine genaue Adresse angibt, damit ihm die Karte auch zugestellt werden kann. Anträge für den Kongreß, welche die Tagesordnung betreffen, sowie sonstiges geeignetes Material ist spätestens bis zum 1. April d. J. an die Unterzeichnete einzuweisen. Jeder Delegierte muß als Ausweis eine Mitgliedskarte oder ein von seinem Krankenkassenvorstand oder Kassen-Vereinigung ausgestelltes Mandat haben, aus welchem die nachstehend aufgeführten Fragen ersichtlich sind. Auf der Anmeldung ist die zu vertretende Krankenkasse sowie der Mitgliederbestand am 1. März 1908 genau anzugeben. Ebenso ist anzugeben, ob der Vertreter Arbeitgeber, Arbeitnehmer oder Kassenbeamter ist. Die Bezeichnung: „Vorsitzender oder Vorstandsmitglied“ genügt nicht. Das Kongreßbureau wird am Sonntag, den 10. Mai, von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 6 Uhr, in der Germania, Chausseest. 110, S. p. r., geöffnet sein. Es können dort unter Vorlegung der Mitgliedskarte die Kongreßabzeichen und event. Drucksachen in Empfang genommen werden.

Berlin SO. 16, den 15. Februar 1908.

Engel-Str. 15, Tel.-Amt 4, 3953.

Die Zentrale für das deutsche Krankenkassenwesen.  
E. Simanowski.

## Quittung.

Zur Bekämpfung der drohenden Tabaksteuer-Gefahr (Wanderrollesteuer) sind aus Berlin folgende Gelder eingegangen:

Zigarettenfabrik Garbath auf Listen Nr. 2201, 2202, 2227 und 2238	40,85 Mk.
Zigarettenfabrik Josetti auf Listen Nr. 2203, 2221, 2223 und 2232	42,75 "
Zigarettenfabrik Phänomen auf Listen Nr. 2204, 2205, 2212, 2219, 2230 und 2247	32,80 "
Zigarettenfabrik Problem auf Listen Nr. 2206, 2207, 2227, 2228, 2239, 2240 und 2249	79,25 "
Zigarettenfabrik Mal Rah Company auf Liste Nr. 2208	18,70 "
Bosnische Tabakregie auf Liste Nr. 2210	5,75 "
Zigarettenfabrik Kreisin auf Liste Nr. 2211	6,45 "
Hersbols auf Listen Nr. 2213, 2226, 2209 und 2246	20,05 "
Zigarettenfabrik Carmen Eplva auf Listen Nr. 2214 und 2222	10,80 "
Zigarettenfabrik Manoli auf Listen 2215, 2216, 2217, 2218, 2233, 2234, 2235, 2236, 2241, 2242, 2243 und 2244	123,35 "
Zigarettenfabrik Tellus auf Liste Nr. 2224	2,65 "
Weinlein auf Liste Nr. 2229	3,95 "
Zigarrenfabrik Rebentisch auf Liste Nr. 2230	4,40 "
Raphun auf Liste Nr. 2275	2,40 "
Sonnabend auf Listen 2256 und 2258	6,55 "
Juhl auf Liste Nr. 2261 und 2270	14,45 "
Kriebemann auf Listen Nr. 2225	14,45 "
Zigarrenfabriken von Engelhardt und von Blaurock auf Liste Nr. 2252	7,25 "
Zigarrenfabrik Grohme auf Liste Nr. 2259	10,75 "
Kollegen aus der Zigarrenbranche auf Listen Nr. 2254, 2263 und 2277	12,45 "
Von der Zellerammlung bei der Protestversammlung	31,85 "
485,90 Mk.	
Aus Schwiebus durch Kollegen Artur Fleisch	50,— "
" " " Max Müller-Berlin	10,— "
" " " G. Malenz	55,— "
" " " Wilh. Boerner-Berlin	10,— "
" " " Fürstenwalde vom Gewerkschafts-Kartell	30,— "
" " " durch Kollegen Max Müller-Berlin	7,— "
" " " Gera-Debschwig durch Kollegen Alb. Niedermeyer	10,— "
" " " Sorau durch Kollegen Max Müller-Berlin	25,— "
" " " Lutzenwalde	10,— "
" " " Schwedt a. O. durch Koll. Wilh. Boerner-Berlin	15,— "
Summa: 707,90 Mk.	

Die Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands.

J. A. Ludwig Walter, Kassierer

Berlin N. 37, Weigenburger Straße 75.